

Danziger Volksstimme

Einzelnummer 30 Mg.

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Danzig bei freier Zustellung im Haus monatlich 2.— Mk., vierteljährlich 6.— Mk., halbjährlich 12.— Mk., jährlich 24.— Mk. — Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
••••• der Freien Stadt Danzig •••••
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Abbestellung: Die Expeditionen Juli 1921, von Danzig 2.— Mk., Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegenheiten 2.— Mk., Zeitl. die Sozialdemokratische Partei 2.— Mk., von anderen 1.— Mk. Bei Veränderung Name, Adresse bis zum 1. d. M. — Postfach Danzig 2048. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 590.

Nr. 156

Donnerstag, den 7. Juli 1921

12. Jahrgang

Die Steuerschraube in Deutschland.

Die Milliardenlast des deutschen Volkes.

In der gestrigen Reichstags-Sitzung machte der Reichskanzler und Reichsfinanzminister Dr. Brüning die nachfolgenden Ausführungen über das Finanzprogramm der Reichsregierung:

Es ist gerade zwei Jahre her, daß in der Nationalversammlung die ungeheure schwere Aufgabe der finanziellen Liquidation des Weltkrieges hervortrat. Der Bedarf des Reiches und der Länder wurde damals auf 25 Milliarden Mark geschätzt. Es wurde aber bei der Schätzung der Reichsfinanzen von 1919 ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es sich bloß um einen Annäherungsversuch handeln könne und große Unbekannte noch nicht festständen, namentlich die Summe, die wir jährlich aus dem Friedensvertrag schulden würden. Dazu kamen die Geldentwertung und die nachträglichen Kriegsausgaben. Der letztere Faktor ist in Erscheinung getreten, in den Milliardenwendungen der beiden letzten Jahre für die Abwicklung des Krieges, für den Wiederaufbau unserer durch den Friedensvertrag zerrütteten Volkswirtschaft usw. Das Reich mußte eine große Schuldenvermehrung übernehmen, die um so rapider wurde, als jeder Berührung in Goldmark ein Vielfaches in Papiermark notwendig machte. Die Entwertung des Geldes ist ein weiterer Faktor, der unsere Finanzlage bis zu einem gewissen Grade undurchsichtig gestaltet. Es ist notwendig, daß unser ganzes deutsches Volk sich jederzeit dieses ungeheuren Prozesses bewußt wird. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Papiermark nur noch einen Groschen wert ist und auf dem Weltmarkt noch weniger. Aber während wir hinsichtlich unseres Einkommens diese veränderte Relation sehr wohl zu würdigen wissen, taucht dem Steuerzahler die Erinnerung an die verunkeltene Goldmark in dem Augenblick wieder auf, wo es gilt, Steuern zu zahlen. Der ordentliche Ausschuß weist 48,5 Milliarden Ausgaben auf, darunter 35,8 für eigentliche Reichszwecke, der außerordentliche Haushalt 59 Milliarden, darunter 26,8 für Ausführung des Friedensvertrages. Das andere geht an Zuschüssen für die Betriebsverwaltungen, Lebensmittelausschüsse usw. Dieser außerordentliche Etat muß so rasch wie möglich abgebaut werden. Nichts ist so wenig in Deutschland verbreitet, als die Kenntnis unserer Etatsziffern und mit nichts wird soviel Unfug gemacht, als mit der Beurteilung dieser Ziffern. Ich bitte, streng zu unterscheiden zwischen den Erfordernissen des außerordentlichen Etats und den besonderen Erfordernissen aus der Erhöhung des Ultimatum. Die 26,8 Milliarden zur Ausführung des Friedensvertrages müssen zum großen Teil in den Etats der Kontributionen übergehen. 14,2 Milliarden sind gleichfalls begründet durch die Übergangswirtschaft vom Kriege zum Frieden. Darunter stehen nicht weniger als acht Milliarden für Lebensmittelausschüsse. (Rufe links: Zuschüsse für die Agrarier.) Im Etat der Kontributionen haben wir zwei unsichere Faktoren, die 26 prozentige Abgabe von der deutschen Ausfuhr und dann die Schwankungen der deutschen Valuta. Mit Rücksicht auf das Schwanken der deutschen Valuta sind gerade unsere Leistungen mit großem Vorbehalt zu beurteilen. Die Reparationsleistungen sind gegenwärtig auf 2,3 Milliarden Goldmark zu bewerten. Eine Festsetzung der Besatzungskosten auf eine erträgliche Höhe wird ein Ziel sein, das nicht nur wir anstreben haben, sondern das die ganze Welt anstreben muß. Unter der Voraussetzung, daß der Geldwert im Innern auf der gegenwärtigen Basis eine gewisse Stabilisierung erfahren wird, daß im Laufe der Zeit der Außenwert des Geldes an den Innenwert heranwachsen wird, wird sich vielleicht alles zusammen jährlich auf 3,2 Milliarden Goldmark, d. h. auf 40 bis 50 Milliarden Papiermark stellen, wobei die Besatzungskosten eingeschlossen sind. Das grundsätzliche Ziel der Deckung ist, daß die laufenden Kontributionen aus den laufenden Einnahmen zu decken sind, und deswegen dürfen wir auch vor einer neuen Besteuerung nicht zurückschrecken. Wir stehen jetzt vor der zweiten Phase der deutschen Finanzreform. In der ersten galt es, der Durchführung des Gleichgewichts im ordentlichen Etat. Diese Phase ist gekennzeichnet durch eine Reform der direkten Besteuerung. Nun kommt die Sorge für den Reparationsetat, und hier müssen auch die indirekten Steuern systematisch ausgebaut werden. Wir müssen zunächst sehen, aus der neuen Einkommensteuer möglichst hohe Erträge herauszuwirtschaften durch Verbesserung der Technik der Erhebung und der Kontrolle. Manchmal hatte die pflegliche Behandlung der Steuerveranlagung mehr gebracht als neue Steuern. Weiter ist gedacht an eine Veredelung des Reichsnotens. Dazu tritt der Ausbau anderer Steuerarten. Es muß ein beweglicher Faktor geschaffen werden, der der Besitzentwertung Rechnung trägt und damit

die ungleichmäßige Behandlung des Besitzes ausschließt. Wir dürfen, wenn wir vorsichtig schätzen, mit mindestens 7—8 Milliarden jährlich hierbei rechnen. Vor einigen Monaten ist das Problem aufgelaucht von der Befreiung der öffentlichen Körperschaften, insbesondere des Reiches, an der Industrie. Es scheint angebracht, den nach dem 31. Juli 1919 oder wenigstens nach dem 31. Dezember entstandenen Vermögenszuwachs noch durch eine einmalige große Abgabe zu erfüllen. Eine sehr bedeutende Vermehrung der Einkommen- und Besitzsteuern erwartet die Finanzverwaltung von einer erheblichen Verbesserung der Steuerpolitik, und zwar ein Mehr von acht Milliarden gegen das Vorjahr. Eine vorläufige Übersicht des Reichsfinanzministeriums ergibt, daß nach Durchführung der Steuererleichterungen wir nach einer voraussichtlichen Schätzung mit etwa 80 Milliarden Gesamteinnahmen rechnen können. Der laufende Betrag wird noch erheblich über diese Summe hinausgehen und sich um die 100-Milliardengrenze bewegen. Nach meiner vorläufigen Schätzung werden sich die laufenden direkten Steuern insgesamt für die nächsten Jahre auf 40½ Milliarden stellen. Dazu kommen die einmalige Einnahme vom Vermögenszuwachs und von den Nachkriegsgewinnen. Die indirekten Steuern sollen 36½ Milliarden ergeben. Gelingt es, die große Mehreinnahme zu schaffen, so ist die Voraussetzung für die Kurstappe der Finanzreform gegeben, die aber erst in späteren Jahren kommt mit dem Problem der geltenden Stabilisierung und der Währungsreform. Das ist der Standpunkt der Garantiekommision. Aber wie kann man uns solche Lasten auferlegen, während man uns gleichzeitig die Sanktionen oder besser die Pressionen in West und Ost auferlegt, statt die schwere Wunde zu schließen? Wir haben Anlauf genommen, der Kommission das klar zu machen. Auch die Militärs müssen den Willen haben, die Pressionen aufzuheben, die wir nur als Quälerei an unsern Volkskörper empfinden können, dazu nehme ich auch Oberschlesien. Wir unsererseits haben den festen Willen, die uns auferlegten Forderungen zu erfüllen.

Auflösung des deutschen Selbstschutzes in Oberschlesien.

Berlin, 6. Juli. Gemäß den getroffenen Vereinbarungen hat der deutsche Selbstschutz vom 5. d. Mts. das oberschlesische Abstimmungsgebiet verlassen und ist auf Befehl seines Führers, Generalleutnant Hofer, aufgelöst worden.

Brleg, 6. Juli. Der Abtransport des Selbstschutzes ist ruhig verlaufen. Zwischenfälle sind nicht vorgekommen. Man rechnet mit einem neuen Aufstande der Polen. Fortwährend treffen Flüchtlinge aus dem östlichen Teile des besetzten Gebietes ein.

Oppeln, 6. Juli. Die interalliierte Kommission hat infolge der Vorgänge, die sich in Beuthen abgespielt haben, den ersten Bürgermeister von Beuthen Dr. Stephan ausgewiesen.

Wie die „Deutsche Wg. Ztg.“ aus Oppeln meldet, ist auf Königshütte am Dienstag ein neuer Angriff seitens der Polen erfolgt. Die Insurgenten drangen unter heftigem Feuer bis in das Innere der Stadt vor. Dort plünderten sie die Häfen, raubten und nahmen Straßenpassanten als Gefangene mit.

Laut „Lokalanz.“ werden Reichskanzler Dr. Brüning und der preußische Minister des Innern Dominicus voraussichtlich heute nach Breslau fahren. Dem Blatte zufolge werden die beiden Minister dort mit den Behörden und Führern der politischen Parteien Besprechungen abhalten. In seiner für Freitag angekündigten Rede in der Breslauer Jahrhunderthalle werde sich der Reichskanzler über die großen politischen Fragen, besonders über Oberschlesien verbreiten. Es sei nicht ausgeschlossen, daß sich auch der preußische Ministerpräsident Stegerwald an der Ministerreise beteiligen werde.

Arbeitsniederlegung in der Stettiner Metallindustrie.

Stettin, 6. Juli. Auf dem Eisenwerk Kraft bei Stettin legte gestern nachmittag infolge von Lohnforderungen die gesamte Belegschaft plötzlich ohne vorangegangene Verhandlungen (?) die Arbeit nieder. Da die Hochöfen in Gefahr gerieten, mußte sofort die technische Nothilfe eingesetzt werden. Verhandlungen sind nunmehr eingeleitet worden.

Der Weg zur sozialistischen Einigung.

Die Sozialdemokratische Partei, es werde auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei in Leipzig über den Chemnitzer Einigungsantrag zu bestimmten Richtungsentscheidungen kommen, hat sich nicht erfüllt. Jeder Kenner der Verhältnisse in der Sozialdemokratischen Partei hat da richtig voraussehen müssen, wo die bürgerlichen Blätter falsch prognostiziert haben. Die Einigungstendenz in der Arbeiterschaft ist so stark, daß die Vorstellung, man könne sich über die Einigungsfrage verneinigen, von vornherein ganz unmöglich war. Man hat sich kameradschaftlich ausgesprochen, und an Stelle der Chemnitzer Resolution ist ein gemeinsamer Antrag der Chemnitzer, Leipziger und Dresdener Genossen angenommen worden, der den festen Willen bekundet, an der von beiden sozialistischen Parteien gebildeten Landesregierung festzuhalten, und in dem weiter gesagt wird, es solle nichts unverstehet gelassen werden, um nicht nur im Landtag, sondern auch in den Gemeindeparlamenten Arbeitsgemeinschaften zu schaffen mit dem Ziel einer späteren organisatorischen Wiedervereinigung.

Die Annahme dieses Antrags wird auch außerhalb Sachsens in der ganzen Partei lebhaft begrüßt werden. Die unabhängige Berliner „Freiheit“ hat dieser Tage ein etwas ängstlich klingendes Dementi veröffentlicht, in dem gesagt wurde, daß alle Gerüchte über Einigungsvorhandlungen zwischen den beiden Parteivorständen falsch seien. Diese Behauptung der „Freiheit“ entspricht vollkommen dem tatsächlichen Sachverhalt. Daß aber das unabhängige Blatt es für nötig hält, gewissermaßen zur Beruhigung eines Teils seiner Anhänger ein derartiges Dementi zu veröffentlichen, muß immerhin als ein Stimmungsgeldchen gewertet werden. Die Sozialdemokratische Partei braucht in diesem Punkte nicht im allermindesten ängstlich zu sein; sie weiß sich mit ihren Anhängern vollkommen einig, wenn sie die Wiedervereinigung der gespaltenen politischen Arbeiterbewegung als ihr Ziel proklamiert.

Um es zu erreichen, wird freilich notwendig sein, daß die politische Einigkeit im Lager der Unabhängigen weitere Schritte macht. Unter dieser Einigkeit verstehen wir keineswegs die vorbehaltlose Anerkennung, daß alles, was die sozialdemokratische Fraktion tut, wohl getan sei. Es genügt, wenn bei den Unabhängigen die Ueberzeugung durchdringt, daß der Einigungsgedanke ein allen tatsächlichen Meinungsverhältnissen voranzuführendes Prinzip ist, daß es immer noch besser ist, eine Dummheit gemeinsam zu begehen, als wegen dieser wirklichen oder vermeintlichen Dummheit der Majorität das vollständige Gut der Arbeiterklasse, die Einigkeit, in Scherben gehen zu lassen.

Tatsächliche Meinungsverhältnisse haben es in der Sozialdemokratie immer gegeben und wird es in ihr immer geben. Auf dem Leipziger Parteitag hat der Parteipräsident Genosse Busch neuerdings die Frage des Verhältnisses zur Deutschen Volkspartei angeschnitten und dabei der Meinung Ausdruck gegeben, man könne zur Not auch mit Mitgliedern der Deutschen Volkspartei zusammen eine Regierung bilden, wenn sich diese Partei auf den Boden der demokratischen Verfassung stelle. Der Standpunkt des Genossen Busch wird heute nur von einer kleinen Minderheit vertreten, die infolge des offenkundig ultrareaktionären Verhaltens der Deutschen Volkspartei immer kleiner wird. Gewisse Busch ist zu seiner Auffassung dadurch gekommen, daß die sozialistische Regierung in Sachsen nur mit Hilfe der Kommunisten eine geringe Mehrheit findet und kaum in der Lage ist, auch nur die Bewilligung der Ministergehälter durchzusetzen. Daß die Sozialdemokratie im roten Sachsen keine höhere, selbständige Mehrheit für sich hat, gehört mit zu den unheilvollen Folgen der Spaltung. Wäre diese nicht eingetreten, so braucht man heute wahrscheinlich nicht darüber zu diskutieren, bis zu welchem Grade die Sozialdemokratische Partei in Sachsen mit bürgerlichen Parteien zusammengehen kann.

Keinem ist es in der Sozialdemokratischen Partei verfallen, an einer Taktik, die er für falsch hält, die sachlich schärfste Kritik zu üben. Aber was man hier bis über die Ohren satt hat, das ist die persönliche Verleumdung, alles gegenseitige Herunterreißen von Führern, die gerade durch Anwendung solcher Methoden beweisen, daß sie keine wirklichen Führer sind. Was man bis über die Ohren satt hat, das ist auch jene Methode der Politik, die in jedem Augenblick nach Art eigenwilliger Kinder erfolgt: Wenn nicht geschieht, was ich will, dann nehme ich meine Puppe und gebe! Davon haben wir genug und übergenug erlebt, und wir wollen nicht wieder in die alten Fehler verfallen, die der deutschen Arbeiterbewegung so ungeheuren Schäden zugefügt haben.

Die Sozialdemokratische Partei steht, wie jeder politisch Denkende hier erkennt, vor den allergrößten Schwierigkeiten.

In Preußen befestigt sich eine Regierung, die unter keinen Umständen gegen rechts regieren zu können glaubt, also ganz nach der Weise der Rechtsparteien zu tanzen bereit ist. Der Bestand dieser Regierung ist auch für das Kabinett Wirth eine Gefahr, zumal bei den Demokraten die rechtsgerechten Elemente immer mehr die Oberhand gewinnen, wodurch der allbürgerliche Block mit jedem Tage deutlicher sich vom Horizont der Zukunft abzeichnet. Angesichts dieser starken Einigungstendenzen im Bürgertum ist die Zerspaltung der Arbeiterbewegung eine doppelte Gefahr. Darum will die Sozialdemokratische Partei die Einigung, und sobald die Unabhängigen sie in dem gleichen Sinne wollen werden, wird sie da sein.

Bis dahin scheint aber immerhin noch ein gutes Stück Weg, und wir dürfen inzwischen nicht die Geduld verlieren.

Die Gewerkschaften des Auslandes.

Von J. Rische.

Zwei Jahre werden es in diesen Juliwochen, seit in Amsterdam der erste internationale Gewerkschaftskongress nach dem Kriege stattfand. Wie die rein politischen Parteien, so hatte der Krieg auch die wirtschaftlichen Interessengruppen der Arbeiterschaft auseinandergerissen. Zerbrochen waren die alten, zum Teil jahrelangen Bindungen und Gegenseitigkeitsverträge, vernichtet das aus ebelfter Absicht hervorgegangene und gepflegte Wert des Solidaritätsgedankens.

Die vier Jahre Krieg waren eine böse Schule; sie waren im besonderen ein arger Bürger des über die politischen Landesgrenzen sich hinwegsetzenden Vereinigungsgebahrens hart fronender, frieblicher Arbeitsbrüder. Das große Morden schwemmte die von Land zu Land, von Volk zu Volk führenden Brücken fast elementar hinweg, und so sehr auch die deutschen Gewerkschaftsführer sich um die Wiederknüpfung der alten Bande bemühten — solange der Krieg währte, erwies sich solches als unmöglich. All die gut gemeinten, aus tiefster Not geborenen Schritte, die der Vorstehende des internationalen Gewerkschaftsbundes Carl Legien unternahm, um in der Schweiz oder in Schweden eine Zusammenkunft der alten Organisationsvertreter herbeizuführen, scheiterten. Günstigsten Falles kamen Rump-parlamente zustande: hier die Vertreter der Gewerkschaftsgruppen der Mittelmächte, dort die des argwöhnisch mit Vaherschwörungen arbeitenden Feindbundes.

Erst nach dem Kriege gelang es, das alte Bündnis wiederherzustellen. Auf die Vorkonferenz in Bern folgte der Kongress in Amsterdam und im November des Vorjahres ein solcher in London. Außer Deutschland waren auf dem letzteren achtzehn gewerkschaftliche Landeszentralen vertreten. Diese Zusammenkünfte brachten gegenüber früher manche Verschiebungen und Erweiterungen in dem Aufgabekreis des Bundes. Statt Berlin wurde Amsterdam sein Sitz, statt eines deutschen Gewerkschafters präsiert gegenwärtig ein englischer. Weit wesentlicher aber sind die inneren Wandlungen, sind die neuen Ziele des Gewerkschaftsbundes. Insbesondere der Gedanke der Verstaatlichung, der Sozialisierung, drängte sich in entschledener Weise vor. Dazu kamen Schritte gegen die reaktionären, arbeitserindischen Maßnahmen einzelner Länder, wie Ungarn, und auch solche gegen neue Knechtungs- und Vergewaltigungsabsichten streng aus dem Weltkriege hervorgegangener Staaten, wie das Schielen Frankreichs nach dem Ruhrbecken.

So erweist sich heute der alte, erstmalig 1913 organisatorisch verankerte internationale Gewerkschaftsbund erneut wieder als ein wirtschaftlich-politischer Faktor von gewichtigem Charakter. Freilich, ganz ohne Trübung ist der Einheits- und Verbrüderungsgedanke nicht geblieben. Die amerikanischen Gewerkschaften unter Samuel Gompers' Führung blieben dem Bündnis, das ihnen zu „sozial-

istisch“ scheint, fern, und die Russen, die nach Krieg und Revolution zu starker weltpolitischer Bedeutung gelangten, kündigten dem neuen Bunde gar offenen Kampf an. Der Gesamtheit, die Einzelheiten, die Moskauer Anhänger in die rein politischen Arbeiterorganisationen zu treiben versuchen — diese Zerströmungen übertragen sich auch auf die Gewerkschaften. Ja, sie lagern es in schärfsten Worten an: das „Hie Moskau, dort Amsterdam“ soll in Zukunft scharfer und rücksichtsloser als der zwischen Proletariat und Kapitalismus tobende Kampf ausgefochten werden. Bisher ist man in den auferrussischen Ländern diesem unheimlichen Beginnen mit Erfolg begegnet, und es steht zu hoffen, daß auch die Zukunft den bolschewistischen Gedanken ablehnen wird.

Welche Bedeutung die internationale Gewerkschaftsbewegung beansprucht, geht schon aus der Tatsache hervor, daß dem neuen in Amsterdam gefestigten Bunde etwa 25 Millionen Gewerkschaftsangehörigen angehören. Die Zahl der in der ganzen Welt organisierten Gewerkschaftler dürfte sich indes auf 34 Millionen belaufen. Hierbei sind die verschiedenen außerhalb des sozialistischen Gedankens stehenden inner- und außerweltlichen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mitgezählt. Angesichts dieser Ziffern darf mit Fug und Recht behauptet werden: Es gibt zurzeit keine andere Bewegung, die gleich der gewerkschaftlichen in allen wirtschaftlich emporkommenden Ländern Fuß gefaßt und die Massen in ihren Bann gezogen hat.

Dieser letzte Satz ist dem soeben erschienenen dritten Bande von Dr. S. Nestriepke „Gewerkschaftsbewegung“ (Verlag C. H. Morth, Stuttgart, 420 Seiten) entnommen. Wie erinnerlich, hat Genosse Nestriepke bereits in zwei Bänden die deutschen Gewerkschaften behandelt, der Schlussband gibt eine Darstellung der Gewerkschaften in den verschiedenen außerdeutschen Ländern. Eine solche, ketneswegs unkritische, Uebersicht ist zweifellos willkommen. Zwar existiert eine Reihe Einzelabhandlungen über die Bewegung in diesem und jenem Lande, doch eine allgemeine, zu rascher Orientierung geeignete und bis in die jüngste Zeit fortgeschrittene Uebersicht fehlte bisher. Dazu darf bemerkt werden, daß der Verfasser die Arbeit sich durchaus nicht leicht gemacht hat. Er gibt von jedem einzelnen Lande einen knappen Abriss der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung und schildert, darauf fußend, Anfänge und Blüte der gewerkschaftlichen Bewegungen. In seinem Urteil ist Nestriepke vorsichtig, wie dieses in der Kompliziertheit der Materie, die sich infolge ihrer geographisch-wirtschaftlich gegliederten Verschiedenartigkeit schwer durch die lediglich deutsche Brille beurteilen läßt, entspricht.

Merdinge, eine absolut lädenlose Arbeit hat der Verfasser nicht geleistet. Eine solche scheint in der heutigen Zeit des zudartigen Werdens und in einem solchen, durch buchhändlerische Rücksichten auf ein bestimmtes Maß beschränkten Bande unmöglich. Dessen ist sich auch Nestriepke bewußt. Dennoch gebührt seiner Arbeit Anerkennung und Lob. Die internationale Gewerkschaftsbewegung zieht immer weitere Kreise, und mehr als früher schließt sie sich als politischer Machtfaktor in das Schachbrettspiel der Staatsmänner hinein. Große Probleme harrten ihrer Lösung durch sie. Ein Informationsbuch, wie das vorliegende, kann daher nur begrüßt werden.

Wer jedoch tiefer in Struktur und Stärke, Wert und Wesen der gewerkschaftlichen Bewegung eines einzelnen Landes eindringen will, der muß zu der betreffenden Spezialgeschichte greifen. Und auch hierin dient ihm die Nestriepke'sche Arbeit als ein Ratgeber. Sehr gewissenhaft sind in dieser, sowohl im Text als auch in einem besonderen Anhang, die einschlägigen Abhandlungen entweder als Quelle angegeben oder als brauchbares Studienmaterial angeführt.

Die polnische Finanzkrise.

Warschau, 6. Juli. (Kat.) Die Finanz-Budget-Kommission des Sejms hat unter dem Vorsteh des Abgeordneten Bierzycki und in Gegenwart des Finanzministers Steczkowski sowie der Unterstaatssekretäre Rybarski und Weisfeld über den Entwurf der weiteren Herausgabe von Banknoten der polnischen Darlehnskasse und über den Kredit des Staatsschatzes derselben Kasse beraten. Nach der Generaldebatte in der Vormittags-Sitzung wurde nachmittags eine Einzeldebatte geführt, danach wurde die Abstimmung vertagt bis zur Erledigung der ersten Lesung in der Kammer.

Während der Verhandlungen wurde von einer Seite der Antrag gestellt, der den Antrag der Regierung akzeptiert, wonach die allgemeine Verschuldung des Schatzes der polnischen Darlehnskasse auf 150 Milliarden und die allgemeine Summe der Emissionen zusammen mit den bisherigen Emissionen auf 118 Milliarden festgesetzt wird, andererseits wurden Anträge über die allgemeine Verschuldung die Ziffer 185 Milliarden und die Emissionssumme auf 108 Milliarden festzusetzen, gestellt.

Darauf ging man zur Generaldebatte über den Antrag des Abgeordneten Grodzki über. Morgen findet eine gemeinsame Sitzung der Finanz-Budget-Kommission und der Verwaltungskommission über das Gesetz der Pensionierung der Staatsbeamten statt, wonach nach Erledigung der Beratungsordnung zur Prüfung des Verfügungsentwurfes, der die Ausführungsbestimmungen des Gesetzes über die Zwangsanleihe betrifft, geschriften wird.

Die Gesundheitsverhältnisse in Sowjetrußland. Der Moskauer Volkskommissar für das öffentliche Gesundheitswesen Dr. Semaschko, tritt in einem offenen Brief an die „Deutsche Medizinische Wochenschrift“ den Behauptungen des englischen Arztes Dr. Guelf entgegen, der als Sekretär der englischen Kommission im vorigen Sommer in Rußland war und recht kritische Ausführungen über seine dortigen Beobachtungen veröffentlicht hat.

Semaschko betont, daß jetzt die überwiegende Zahl der Paläste der Großkapitalisten in den Städten und der Mittelschicht auf dem Lande in Sanatorien oder Einrichtungen für Kinder umgewandelt sind, die meist in voller Ordnung und Sauberkeit gehalten werden. In den medizinischen Fakultäten sind die Arbeitsbedingungen schwer. Aber man hat die Studierenden mit Lebensmitteln, Geld und Wohnung zu versehen, hält ihr Studium gänzlich kostenlos und approbierte bis 1. Januar d. J. 4000 Ärzte, zweimal soviel als vor dem Kriege. Wenn die Lebens- und Arbeitsbedingungen des medizinischen Personals außerst schwer sind, so teilt es nur das Schicksal der ganzen arbeitenden Bevölkerung Rußlands. Aus dem Nichts geschaffen wurde z. B. das Röntgeninstitut in Petersburg. Für Hygiene wird energisch aufklärend gewirkt.

Semaschko schließt seinen Brief folgendermaßen: Die Arbeit des Volkskommissariats geschieht unter ungeheurer Schwierigen Verhältnissen. Wir haben Mangel an Medikamenten, an Instrumenten, sogar an den elementarsten Dingen, die geeignet sind, die Gesundheit zu unterstützen: Seife, Bekleidungsstücke, Schuhwerk und Lebensmittel. Wir stehen unter den Folgen des imperialistischen Krieges, des Bürgerkrieges und der Blockade. Der Kampf um die Volksgeundheit ist deshalb unglücklich schwer. Aber einen Trost haben wir alle in Rußland Tätigen: was wir besitzen, teilen wir vor allem mit den Arbeitenden, mit der ärmsten Bevölkerung, und die ärztliche Hilfe ist bei uns unentgeltlich und allen gleich zugänglich.

Die Wirklichkeit ist, wie aus zuverlässigen Berichten hervorgeht, trotz aller heroischen Anstrengungen der Ärzte, furchtbar. Der Mangel an allen hygienischen Vorbedingungen, Wasser, Heizung, Bekleidung, Ernährung, hat die Seuchenziffer außerordentlich emporgeschwungen. Es ist eine Schande für die „zivilisierte“ Welt, daß sie diesem Elend tatenlos zuschaut, ja es durch die Blockade usw. selber mit hervorgerufen hat.

Bevölkerungspolitik.

Von August Freudenthal, Münster.

Kürzlich tagte in Köln ein bevölkerungspolitischer Kongress, auf dem die Fragen der Volksvermehrung und Volksgesundheit von den verschiedensten Gesichtspunkten aus beleuchtet wurden. Volkswirtschaftler, Politiker, Sozialpolitiker, Soziologen, Mediziner, Naturwissenschaftler, Juristen, Geistes- und Moralphilosophen kamen zu Worte. Ueber den Einfluß der sozialen Lage, der Volksgesundheit, der Prostitution, der Weltanschauung und geschlechtlicher Vorurteile auf die Volksvermehrung wurde gesprochen. Männer und Frauen erhielten das Wort und versuchten von ihrem Standpunkte aus in den Kernpunkt des Problems einzudringen oder eine Seite desselben in mehr oder minder eigenartiger Weise zu beleuchten. Trotz aller Gegensätze trat die Tatsache in die Erscheinung, daß gegenüber früheren Zeiten das Verständnis für die soziale Bedeutung des Problems und seiner Grundlagen auch in den Kreisen der meisten bürgerlichen Wissenschaftler zugenommen zu haben scheint. Der Krieg und die neue Zeit waren eben harte Lehrmeister. Trotz allem aber konnten sich die meisten der Herrschaften nicht zu der noblen Erkenntnis aufschwingen, daß letzten Endes die Ursachen des Geburtenrückganges, der Prostitution, der Volksverfälschung durch Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten tief im Boden unserer sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse wurzeln. Nur die Genossen Dr. Lindemann und Dr. Quard hatten neben den in der Diskussion sprechenden Genossinnen und Genossen diese Tatsache voll erfaßt.

Nur bei wem das der Fall ist, der ist auch in der Lage, das Uebel an der Wurzel zu bekämpfen oder die richtigen Mittel zu seiner Bekämpfung anzugeben. Freilich, wer sich auf diesen Boden stellen will, muß mit allen herkömmlichen Anschauungen brechen. Denn die Ursachen liegen in den sozialen Verhältnissen und im wirtschaftlichen System. Einem starken Anhänger der privatwirtschaftlichen Produktionsweise, der bürgerlichen, auf Klassen aufgebauten Gesellschaft, einem Gegner der sozialen, rechtlichen und politischen Gleichberechtigung aller Staatsbürger und beider Geschlechter kann natürlich nicht zuge-

mußt werden, die Möglichkeit der Besserung der Verhältnisse von dieser Seite aus zugeben. Er müßte dann vor dem Sozialismus kapitulieren.

Die ganze Hilflosigkeit abgestempelter einseitiger bürgerlicher Wissenschaft gegenüber großen sozialen Problemen zeigt sich eben darin, daß sie die Nebensachen, die Ursachen zweiten Grades, als die wirklichen in den Vordergrund schiebt und diese mit Mitteln zu bekämpfen versucht, die nicht an die Wurzeln des Problems heranreichen. So wird nach immer der alte Aberglaube in den Kreisen der Bevölkerungswissenschaftler gepflegt, daß nur eine hohe Geburtenziffer einen gesunden Bevölkerungszuwachs schafft. Nichts ist irriger als das, nichts schlimmer, als wenn man nun mit Postzei und Gewaltmaßnahmen einen Vorgang fördern möchte, dessen Gesetze durch die soziale Lage der Mehrzahl der Bevölkerung bestimmt werden. Trotz aller drakonischen Strafmaßnahmen (Abtreibungsgesetz, Verbot des Verkaufs von Empfängnis verhütenden Mitteln, Kasernierung der Prostitution usw.) ist in den letzten Jahrzehnten gar nichts erreicht worden. Denn die Geburtenziffer, die Zahl der jährlich auf 1000 Einwohner entfallenden Lebendgeburten, ist von 39,1 in den Jahren 1871/80 auf 27,8 im Jahre 1913 gefallen. 11,8 Kinder wurden also pro 1000 Einwohner 1913 weniger als 1871/80 geboren. Die Ursachen dieses Geburtenrückganges vor dem Weltkriege liegen offen da für jeden, der sehen und denken kann. Denn diese Zeit sah eine gewaltige technische und wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, das Erleben von Großstädten und Riesenbetrieben, und eine Zunahme des Handels und der Industrie, wie sie vorher unbekannt gewesen war. Deutschland wurde aus einem Agrar- zum Industriestaat. Dieselbe Zeit sah eine stetig zunehmende Frauenarbeit in der Fabrik, im Bureau und in den meisten anderen Berufen. Gleichzeitig ging das Reich vom Freihandel zum Schutzoll über.

Der Geburtenrückgang war eine einfache Folgeerscheinung dieser wirtschaftlichen und sozialen Umwälzung. Die mit dieser verbundenen Umgestaltung des Familienlebens im engen Stadthaus, die erhöhten Ausgaben für Lebensbedürfnisse (Nahrungs-, Genussmittel, Kleidung, Wohnung, Erziehung der Kinder, Verkehrsmittel und Bildungsmittel), die Unfertigkeit des Arbeitsverhältnisses, die Entlohnung der

Frau als Mitverdienerin, ihre Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, die Lohnsteigerungen erschwerte, dies alles führte allmählich zur Kleinhaltung der Familie. Es ist recht mühsig, nach angeblieben geheimnisvollen psychologischen, ethischen, moralischen, religiösen und biologischen Gründen zu forschen, wo die sozialen und wirtschaftlichen Ursachen so klar zutage liegen. Die Quantität wurde durch die Qualität ersetzt.

Aber trotz alledem bedeutete der Geburtenrückgang keinen Bevölkerungsrückgang. Denn noch schneller als die Geburtenziffer sank die Sterbeziffer. Während 1871/80 von 1000 Personen noch 27,2 starben, war die Ziffer 1913 bereits auf 15 gesunken. Es starben also von 1000 Personen 1913 12,2 weniger als 1871/80. Das bedeutete Lebensverlängerung und Verbesserung der Gesundheitsverhältnisse infolge der Kleinhaltung der Familie, des zunehmenden Arbeitererziehunges (Sozialversicherung, Unfall-, Frauen-, Säuglings- u. Kindererziehung usw.) und zunehmende Einsicht in hygienische Notwendigkeiten.

Wie schon gezeigt, bedeutete der Geburtenrückgang keinen Bevölkerungsrückgang. Denn während 1871/80 auf 1000 Einwohner im Jahre der Bevölkerungszuwachs nur 11,9 Personen betrug, betrug er 1913 bereits 12,5 Personen. Der Weg der Bevölkerungspolitik ist also klar vorgezeichnet: Besserung der Wohnungs-, der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der großen Mehrheit der Bevölkerung bedeutet Abnahme der Sterblichkeit, Gesundheit des Volkstörpers. Eine hohe Geburtenziffer ist durchaus kein Zeichen einer gesunden Volksvermehrung, wenn eine hohe Säuglings-, Kinder- und allgemeine Sterblichkeitsziffer damit Hand in Hand geht, wie meistens. Im Gegenteil: Menschenökonomie muß die Forderung unseres sozialen Zeitalters sein, Menschenvermehrung ist das Kennzeichen barbarischer Zustände. Nicht fördern wir die Einschränkung der Geburtenzahl, die Kleinhaltung der Familie. Aber es muß auch die Bewußtheit oder wenigstens die Möglichkeit bestehen, die Geborenen dem Leben zu erhalten ihnen Gesundheit, soziale und wirtschaftliche Lebensbedingungen zu schaffen, unter denen sie bestehen können. Bevölkerungspolitik muß Sozialpolitik sein. Sozialpolitik im Sinne der Sozialisierung der Gesellschaft und ihrer Produktionsmittel.

Der Kampf gegen die Wohnungsnot.

Zweite Lesung des Gesetzes betr. Ubgaben zum Wohnungsbau. Die Friedensmieten um 20 Prozent gesteigert. Einführung einer Wohnungszugsteuer.

Der Volkstag beschäftigte sich gestern hauptsächlich mit dem Gesetzentwurf über Ubgaben zum Wohnungsbau. Senator Leske gab sich erdenkliche Mühe, die Sache schmackhaft zu machen und will für die bewilligten Mittel 1000 Wohnungen jährlich bauen. Die bürgerlichen Parteien waren von dieser Güte der Regierung sehr enttäuscht, konnten aber bei der Linken des Hauses keine Gegenliebe finden. Die Linksparteien, traten mit Ausnahme der Kommunisten, für Zurückverweisung der Vorlage an den Siedlungs-Ausschuss ein. Die Kommunisten wollen vom Gesamtgesetz in der jetzigen Vorlage nichts wissen. Nach ihrer Meinung müssen reiflos die Bestehenden die Mittel zum Wohnungsbau aufbringen. Da eine Deputation der Arbeitslosen den Präsidenten des Volkstages sprechen wollte, wurde die Sitzung auf heute vertagt.

59. Vollziehung des Volkstages

Mittwoch, den 6. Juli 1921.

Der Präsident Dr. Wotthoel eröffnet kurz nach 8 Uhr nachm. die Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt der Präsident die Beurteilung einzelner Abgeordneter bekannt.

Die Anfrage des Genossen Gehl über Entlassungen in der Gewerkschaft wird ebenso wie der Antrag des Gen. Krenzki über Weiterbeschäftigung der Arbeiter in der Gewerkschaft mit Zustimmung des Komitees-Ausschusses von der Tagesordnung abgesetzt, weil der Abg. Kos heute nicht anwesend sein kann. Auf der morgigen stattfindenden Sitzung werden diese beiden Punkte alsdann auf die Tagesordnung gesetzt.

Die 3. Beratung eines Biersteuergesetzes wird ohne Debatte erledigt und das Gesetz durch Mehrheitsbeschluß angenommen. Ebenso ergeht es der

3. Beratung eines Gesetzes betr. Abänderung des Gewerbesteuergesetzes.

Der Abg. Foh leitet als Berichterstatter die 2. Beratung eines Gesetzes über

Ubgaben zum Wohnungsbau

ein. Der Siedlungsausschuss hatte in mehrfachen Beratungen seine Abänderungsanträge zur Senatsvorlage gestellt. Man ging von der Einschließung aus, das unbedingt der Wohnungsnot gesteuert werden müsse, die als eine Folge des Artigos anzusehen sei. Die Abgabe sei ausschließlich zur Förderung des Wohnungsbaues und zu Siedlungszwecken zu verwenden. Andere Wege um die Wohnungsnot zu beseitigen waren nicht vorhanden. Man möchte eine Mietsteuer erheben und habe man hierbei auf die größtmögliche Schonung der Minderbemittelten Bedacht genommen. Diese von den Mietern zu erhebende Abgabe könne man nicht Mietsteuer, sondern einen Zuschlag zur Miete bezeichnen. Die Schichten der Bevölkerung nicht nur in der Stadt, sondern auch in den ländlichen Gemeinden sind hierbei eingeschlossen. Die Abgabe wird in erster Linie als Mietvertragsabgabe zum Wohnungsbau verwendet werden. Kleine Wohnungen sollen bei einem Jahreseinkommen von 8000 Mark von der Mietsteuer befreit sein. Nachdem der Abg. Foh noch die Zugsteuer für größere Wohnungen gestreift hatte, bittet er auf Wunsch des Komitees-Ausschusses das Gesetz baldmöglichst zu verabschieden.

Senator Leske als Regierungsvertreter ist mit diesem Gesetz ein Versprechen ein. Seit Monaten hat sich der Siedlungs-Ausschuss mit der Beratung dieses Gesetzes beschäftigt, und schnelle Arbeit gemacht, um dadurch den ersten Schritt zum Wohnungsbau zu tun.

Zur Erledigung dieser Vorlage habe die Presse ihr Möglichstes getan, um welche Volksschichten mit der Materie bekannt zu machen. Dieses Gesetz stehe die Möglichkeit nicht nur die Wohnungsnot, sondern auch die Not einer großen Masse von Erwerbslosen zu beseitigen. Der Staat habe ferner im Interesse der Allgemeinheit die Verbehalten der Zwangswirtschaft im Auge, denn mit der Beseitigung der letzteren könne man bei freier Bewirtschaftung erleben, daß die Hausbesitzer sofort die Mieten auf das 10- bis 12-fache heraufsetzen würden. Durch diese Vorlage, das dürfe man sich nicht verhehlen, sei auch die Arbeiterschaft befreit und würde z. B. ein Arbeiter durch diese Mehrausgaben einen Tag im Jahre für die Allgemeinheit zu arbeiten haben, der Landwirts und der kleine Beamte hingegen müsse 4 bis 5 Tage dafür arbeiten. Die Einkünfte könnten dazu verwendet werden, um circa 1000 Wohnungen jährlich zu bauen und wäre die Regierung sich bemüht, daß dann in großzügiger Weise die Wohnungsfrage gelöst werde. Aus diesen Gründen bittet er das Haus um Annahme des Gesetzes.

Abg. Böder (Dnall.) gibt die Zustimmung seiner Partei, damit die Wohnungsnot und die Not der Erwerbslosen beseitigt wird, will aber mit der 20 prozentigen Erhöhung die niedrigen Einkommen verschont wissen.

Abg. Jesebeck ist derselben Meinung wie sein Vorredner, und betont, daß jeder, der eine Wohnung hat, dafür sorgen müsse, daß die Wohnungsbewohner baldmöglichst Wohnungen bekommen. Die Zugsteuer will er auch auf das Land ausgedehnt wissen.

Genosse Alkowski will unbedingt Mittel zum Wohnungsbau bereitgestellt wissen, damit endlich einmal die Minderbemittelten, Wohnungen erhalten, in denen sie sich fühlen können. Wie aber der Senat in solchen Angelegenheiten arbeite, beweihe wieder so treffend seine Stellung zum Bau der Turbine der Brauerei Mühlle. Der Senat habe alle Warnungen in den Wind geschlagen, dies habe der gestrige Brand vorstellbar bewiesen. Der damals von der sozialdemokratischen Partei eingebrachte Antrag, was ja seinerzeit vom Senat nicht angenommen worden und heute sind infolgedessen 15 Wohnungen in Prant abgebrannt. Durch die Maßnahmen des Senats haben die Hauswirte vorzeitig Kenntnis von der Wohnungssteuer erhalten und waren somit in der Lage auf der ganzen Linie am 1. Juli die Wohnungen zu kündigen. Er glaube nicht, daß es dem Senat bekannt sei, daß hier Fälle zu verzeichnen wären, wo 2 Personen 15 Zimmer bewohnen und 9 Personen in einem Zimmer hausen müßten. Er bringt im Namen der sozialdemokratischen Fraktion einen Antrag auf

Zurückverweisung der Vorlage an den Siedlungs-Ausschuss

ein, damit das Gesetz nochmals ungearbeitet wird.

Abg. Kahn (R.) ist gegen die Zurückverweisung.

Abg. Neubauer (Z.) erklärt die Zustimmung zur Vorlage und behält es sich vor bei weiteren Vorlagen Anträge zu stellen. Die Vorlage hätte allerdings auch großzügiger ausfallen können.

Abg. Schmidt (R.) bezeichnet es als rührend, auf welche Weise der Senator Leske auf einmal sein Herz für die Erwerbslosen entdeckt hätte. Schon im vorigen Jahre sollte dem Projekt des Professors Alkowski nahegetreten werden, aber nichts sei geschehen. Die Selbstpolitikler wünschten jedoch nicht, daß der Privatbesitz angegriffen würde. Einen Ordnungsruf holte sich der Abg. Schmidt als er dem Senator Jemelowski jurist. das sich der Arbeiter Seite nur von dem Schweiß seiner Arbeiter (es folgt ein unparlamentarischer Zwischenruf von seiner Seite) erworben hätte. Der Bürgerlichen wirkt er vor, daß dieses Gesetz nur ein Raubzug auf die Taschen der Arbeiter sei.

Abg. Grobelak (Pole) will dieses Gesetz wie es vorliegt beibehalten und tritt für den Antrag unserer Partei ein.

„Ich solle nicht hinein, träte zurück“ — erklärte sie heftig. — „Ich will mich nicht wegwerfen!“

„Sie mögen wohl zurücktreten“ — lächelte Doktor. „Sie gehen dann doch wieder in die Reihe. Ich kenne Sie besser, als Sie sich selbst kennen, Marx.“

Dieses Schweigen herrschte in der kleinen Stube. Draußen schlugen die Winde eines frühen Herbstes und plätschete das Gießblech. Das Leben sei etwas Garlich, Unerbittliches. In seinem jugendlichen Eifer hatte er gemeint, es wäre aufregend und spannend, ein Revolutionär zu sein; doch eine Ameise zu sein, eine von Millionen und aber Millionen, in einem grundlosen Graben zu verfaulen — wie konnte ein Mensch diesen Gedanken gefasst ins Auge blicken? Er sah auf die gebaute Gestalt dieses weißhaarigen Arbeiters, die im schwachen Lampenschein verschwamm und schloß sich an Rembrandts „Jünger zu Emma“; das düstere schmutzige Wirtschaftszimmer, die zwei zerlumpte Männer, verkrummend vor der Glorie, die ihres Lichtgeschlechts Gefäß verflucht. Und es bedurfte keiner besonderen Phantasie, sich auch um das Haupt dieses wilden, antistimulierten alten Mannes einen Waa-fisch zu denken.

„Ich habe nie gehofft, es noch zu erleben“ — sagte Lette der alte Mann. „Wohl hätte ich, doch meine Schöne es noch sehen werden, jetzt glaube ich auch dies kaum mehr. Niemals aber habe ich geglaubt, daß die Arbeiter eines Tages ins gelobte Land einziehen werden. Sie werden nicht mehr Klauen sein und das Produkt ihrer Arbeit wird nicht mehr von Müßiggängern vergeudet werden. Und, Marx, glauben Sie es einem, der es weiß, ein Arbeiter und eine Arbeiterin, die diesen Glauben nicht in sich tragen, haben allen Grund zum Wehen zu haben.“

Gal erkannte, daß er diesem Manne trauen dürfte und erzählte ihm von seinem Vorhaben. Dann Morgs Warnung gebend, sagte er hinzu: „Wir wollen von Ihnen nichts als Ratshläger. Ihre fränke Frau...“

„Sie wird nicht mehr lange leben“ — unterbrach ihn der alte Mann traurig. — „Und auch ich werde Sie bald folgen. Die wenigen Kräfte, die mir geblieben, kann ich wohl noch der guten Sache widmen.“

Die ganze Verschwörung war gründlich erste Wirklichkeit für jene, deren Leben von ihrer Arbeit in der Kohlegrube abhing. — Gal hingegen empfand selbst in den schwerwiegendsten Augenblicken den romantischen Genuß. Er hatte von Revolutionären gelesen und

Abg. Brückner (Wid.) nennt das Gesetz unlogisch, weil diejenigen, die nur 8000 Mark Einkommen haben und drei Zimmer bewohnen, ebenfalls Steuern entrichten müssen als solche mit einem Einkommen von 10 000 Mark bei gleicher Zimmerzahl.

Senator Leske sucht in längeren Ausführungen die Stellung der Regierung zu verteidigen und führt die Ausdehnung des Brauerei Brandes nicht auf Wassermangel, sondern auf das Fehlen des elektrischen Stromes zur Rechtfertigung zurück.

Abg. Alkowski bemerkt hierzu, daß der Senator Leske glaubt habe, daß seinetwegen die Brauerei Mühlle bis Weihnachten still stehen könne. Er ist der Meinung, daß die Hausbesitzer unbedingt die Mietzunahmen von 20 Prozent für Hausbauern vermindern müßten. Die Mietmieten müssen reiflos erhöht werden. Die Freistellung der Mieten dürfe in keinem Falle auf die Einkommensteuer abgedreht werden. Er ist der Meinung, daß

wenn die Zwangswirtschaft zusammenbricht, die Armen... A wissen, wo sie ihr Haupt hinlegen sollten.

Abg. Frau... (Stenogramm) ist im Namen des Wirtschaftsbundes der Hausfrauen für die Zurückverweisung der Vorlage an den Siedlungs-Ausschuss. Die Steuern nennt sie nicht gerecht. In einigen Beispielen erläutert sie, welche Härten dieses Gesetz namentlich für alleinstehende Frauen, die Rentempfänger seien, bedeute. Die Minderbemittelten sollten in die Lage versetzt sein, ihre Miete für die Einkommensteuer in Abzug bringen zu dürfen.

Abg. Kahn (R.) bringt einen Geschäftsordnungsantrag ein, nach dem die Sitzung vertagt werden soll.

Der Präsident macht darauf bekannt, daß eine Deputation der Arbeitslosen mit dringlichen Angelegenheiten das Präsidium sprechen wolle.

Senator Leske will die Arbeitslosen eine Stunde lang warten lassen, denn dies Gesetz müsse bis spätesten Montag erledigt sein, sonst mache er als Regierungsvertreter vom 3. 12 der Verfassung Gebrauch, monach bei dringlichen Angelegenheiten jederzeit eine Sitzung einberufen werden könnte.

Der Antrag Kahn auf Vertagung wird hierauf abgelehnt.

Genosse Reel bezweifelt, daß durch die Annahme dieses Gesetzes etwas für die Erwerbslosen getan werden könne, denn der Senator Leske habe zum großen Teil seine Arbeit für die Arbeiter geschafft (Anruhe auf der Tribüne). So habe der Magistrat die städtischen Siedlungsbauten nicht fertig stellen lassen. Der Senat und Magistrat haben nichts getan, um den Streik der Bauarbeiter, der zwölf Wochen andauere, beseitigen zu helfen. In zum Teil nochgebende Baufirmen wollten die neuen tariflichen Bauarbeiterlöhne bezahlen, aber ein paar auswärtige Baufirmen terrorisierten die hiesigen Unternehmer und wollten letztere gänzlich ausschalten. Genosse Reel beleuchtet noch die neuesten Brot- und Kartoffelpreise und sollte der Senat so schnell wie möglich dieserhalb mit Polen eine Verständigung herbeiführen, damit die Lebensmittelpreise endlich mal nicht mehr steigen. Die Arbeitgeber sträubten sich auf der ganzen Linie, eine Ausgleichsliste zu gewähren. Das Gesetz sei in drei Lesungen im Ausschuss förmlich durchgepeitscht worden. Er tritt warm für die Zurückverweisung des Gesetzes an den Siedlungs-Ausschuss ein.

Der Präsident läßt darüber abstimmen, ob sich das Haus wegen der Deputation vertagen soll. Dies wurde mit Mehrheit beschlossen. Schluß der Sitzung 6.40 Uhr abends. Nächste Sitzung: Donnerstag, den 7. Juli 1921, 2.45 Uhr nachmittags.

Danziger Nachrichten.

Vor der Ernte.

Das Getreidefeld steht still und still im Juliuntenbrand. Dem Ästchen regt sich. Die Erde strömt eine trodene Wärme aus. Der Himmel leuchtet, die Luft hoch idyllisch. Wenn diese Zeit gekommen ist, mache ich gern einen Gang durch die gelegenen, gabelndweren Felder. Und ich schreite... Durch die Palme ist längst das Krifen gegangen. Sie harren gelb und in einer spiegelnden, glatten Blau-

von der sie verfolgenden Polizei; wachte, daß man dieselbe antragende Dinge in Russland erleben konnte; hätte ihm jedoch jemand gesagt, daß es dies auch in seinem freien Amerika gab, weniger Stunden von seiner Vaterstadt und der Unvergleichlichkeit entfernt, er hätte dieser Behauptung niemals Glauben geschenkt.

Im folgenden Abend wurde Gal von seinem Schachtauffeher auf der Straße angehalten; der junge Mann schrat bei der plötzlichen Begegnung zusammen, wie ein Lachenviel, der sich unermordeterweise einem Polizisten gegenüber befand.

„Hallo, Junge!“ — sagte der Aufseher.

„Hallo, Herr Stone!“ — kam der Antwort.

„Ich möchte mit Ihnen sprechen“ — bemerkte der Aufseher.

„Gut, Herr“ — und zu sich selbst sagte Gal: „Ich bin erwünscht.“

„Kommen Sie in mein Haus“ — sagte Stone und Gal folgte ihm mit dem Gefühl, daß die Handflächen bereits seine Knöchel drückten.

„Gehen Sie einmal“ — bemerkte Stone weiterkatholisch. — „Sie sollten mir doch mitteilen, wenn zu viel geredet wird.“

„Ich habe nichts gehört.“

„Kun, Sie könnten sich ein wenig mehr anstrengen; unwichtige Geister gibt es in jeder Lohngrube.“ Ganz tolle amete Gal tief auf, es war demnach ein laider Klamm gewesen.

Sie erzählten das Haus des Aufsehers. Dieser ließ sich auf der Peranda nieder und wies Gal einen Stuhl an. So saßen sie im Goldfunkel und Stone begann mit seiner Stimme: „Ich möchte Ihnen mit Ihnen von etwas anderem reden; von den Wahlen.“

„Den Wahlen?“

„Warten Sie nicht, daß eine bevorsteht! Unser Sonntagsmorgen ist geflossen, und von Dienstag in drei Wochen findet die Erntewahl statt.“

„Ich verstehe, Herr Stone.“ — Gal lachte innerlich, nur würde er selbst erfahren, wovon man reden gesprochen.

„Sie haben darüber nicht gehört!“ — erwiderte sich der Aufseher.

„War nicht, Herr. Ich fürmmer mich nicht um Politik; das liegt mir gar nicht.“

„So soll ein Bergmann sprechen“ — sagte der Aufseher befruchtlich. „Wenn alle so viel Verstand hätten, die Politik den Jollistern zu überlassen, dann wären sie weit besser daran. Sie sollten sich alle bloß um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern.“

(Fortsetzung folgt.)

„König Kohle.“

Roman von Upton Sinclair.

(Fortsetzung.)

81) Olyons Selbstbeherrschung hatte auf Gal einen tiefen Eindruck gemacht, doch war der Eindruck, den dieser alte Mann auf ihn ausübte, ein noch gewaltigerer. Während er seinen Worten lauschte, überkam ihn ein Gefühl der Demut, der scheuen Ehrfurcht. So unbegreiflich es auch war, John Edstrom sprach von diesen glänzenden Lebensjahren ohne Bitterkeit in der Stimme und im Herzen. Hier inmitten der Not und der Trostlosigkeit, die ihn umgaben, sein Heim zerstört, seine Familie verstreut, Hunger und Elend vor seiner Tür, konnte er auf die Vergangenheit zurückblicken, ohne jene zu hassen, die ihn zugrunde gerichtet hatten. Und diese Milde entsprang nicht seinem Alter und seiner Schwäche, nicht dem Umstande, daß er den Geist des Aufstiegs verloren; sie kam daher, weil er das Wirtschaftskleben studiert und erkannt hatte, daß ein schlechtes System die Augen der Menschen verblende und ihren Geist vergifte. „Es kommt der Tag“ — meinte er — „an dem dies schlechte System eine Veränderung erfahren und dem Menschen die Möglichkeit gegeben sein wird, gegen den Menschen barmherzig zu sein.“

Doch nun verließ Mary Burke ihrer Apenbau Vergewissung Worte. Die könnten die Dinge geändert werden? Die Herr seien schlecht und gemein, die Arbeiter freigelegt und Verräter, es kühle bloß Gott übrig, um eine Veränderung zu bewerkstelligen. — „Echt aber hätte all diese Dinge so endlich lange geschehen und sie demnach zugelassen.“

Gal war begierig auf Edstroms Antwort. „Marx“ — fragte der alte Mann — „haben Sie je etwas über die afrikanischen Ameisen gelesen?“

„Nein“ — sagte sie.

„Millionen und aber Millionen von ihnen wandern in langen Reihen. Gelangen sie an einen Graben, so fallen die ersten hinein und die folgenden laufen auf die ersten, bis sie den Graben ausfüllen und die Übrigen hinüber können. Wir sind alle Ameisen, Marx.“

„Keiner kommt hinterher!“ — rief das Mädchen. — „Wie viel auch immer hineinfallen mögen, dieser Graben ist grundlos tief.“

Er erwiderte: „Das kann keine der Ameisen wissen. Marx, sie wissen bloß, daß sie hinein müssen. Sogar im Tode klammern sie sich aneinander. Wären eine Brüder, über die der Rest ihrreitet.“

heit. Fast scheint es, als hätten sie den heißen Sommer in ihren schlanken Schultern eingetaugen. Ganz war, als müße Leben in ihren Leibern fühlen sie sich an. Die vollen Lehren sind zur Erde geneigt. Ein süßlicher Werdust haucht fast schwül aus ihnen. Ihre Oranen stehen spitz und schmal in die dampfende Luft. Die einzelnen Ähren liegen prall in dem sie kaum noch umschließenden Hüllen.

Ein Vorgefühl von Saffeln und Zufriedenheit überkommt dich beim Schreiten. Und du schaut um dich und schaut unter dich. Unkraut wuchert am Boden: allerlei Kraut. Und aus der grünen Wildnis leuchten und lachen blaue und gelbe und rote und weiße Blüten. Ihre Farben klingen und prunken inmitten des bescheidenen Gelb des gereiften Kornes.

Nach die Stille, die selbentlang auf dem Wege war, ist hier nicht mehr so ganz und gar vorhanden. Manchmal raschelt es so leise zwischen den Halmen. Dann huscht eine Maus zwischen den schlanken Halmschulden hindurch. Oder eine Eidechse raschelt. Oder ein großer, ungeklärter Käfer geht auf Erdfurten aus. Du mußt lächeln. Und auch in deine Augen kommt ein Glanz ähnlich jenem, wie er auf dem glänzenden Korn liegt. . . .

Und du schreiest durch das Halmenmeer, daß so hoch ist, daß es dir über die Schultern reicht und an einzelnen Stellen sogar dir den Blick verhüllt. Wie ein weitausgebreiteter Mantel schlingt es dich um die reifende Weizenähren um deine Glieder. Und du lächst dich möglich darin. . . . Und flatter gaukeln über den Wehren. Eine Eidechse verhußt sich im schimmernden Fluge. Wärme dampft. Der Sommer glüht und kribbelt. Es ist die Zeit, da sich nur selten ein flüchtendes Rädchen aufmacht: es ist vor der Ernte. . . .

Beamter und Staatsbürger.

A. Auf dem zweiten Sitzungstage des Danziger Beamtenbundes äußerte der Senats-Vizepräsident Jehm, die Beamenschaft dürfe nicht Dienerin einer Partei sein. Diese Bemerkung war zunächst mal ganz und gar überflüssig, weil die Beamenschaft gar nicht daran denkt, sich einer Partei zu verschreiben. Aus ihren Verhandlungen geht das Klipp und klar hervor.

Wir dürfen aber nicht annehmen, daß Herr Jehm Worte spricht, von denen er keine Wirkung erwarten kann. Und es ist auch tatsächlich nicht zu bestreiten, daß diese Wirkung sein könnte: Dieser und jener Beamte hört aus seinen Worten heraus, er solle keiner Partei angehören. Und solche Mahnung weisen die Beamten entschieden zurück.

Unser Freistaat ist eine kleine und, wenn uns das Schicksal gnädig ist, auch eine wenigstens einigermaßen freie Republik. Nur dieser dient unsere Beamenschaft. Und sie erweist dem Staate und der Staatsordnung nur dann pflichttreuen Dienst, wenn sie die republikanischen Einrichtungen achtet und für sie, auch im Amte, nach Kräften eintritt.

Unter dem wilhelminischen, konservativen Regiment mußte der Beamte nicht nur seine Arbeitskraft, sondern auch seine Bestimmung bedingungslos zur Verfügung stellen. Und seine Einschätzung erfolgte nicht in erster Reihe nach der Leistung und Berufstreue, sondern man fragte vor allem: In welchem Grade ist er konservativ? Und wehe demjenigen, der für nicht „königstreu bis auf die Knochen“ befunden wurde. Kam noch an den Tag, daß er gar Sozialdemokrat war, so flog er unweigerlich aus dem Amte, mit Weib und Kind ins Elend.

Diese politische und geistige Anebelung hat der größte Teil der Beamten noch nicht vergessen, und sie hätten weit lieber gehört, wenn der Vizepräsident gesagt hätte: Nun redt und streckt euch, nachdem die Fesseln von euch genommen. Die Staatsregierung verlangt nur eure Berufstreue. Im übrigen seid ihr freie Staatsbürger. Nun geht hinein in die Parteien. Orientiert euch, greift da ein, wo ihr es für recht haltet. Nehmt regen Anteil am Parteileben und lernt das immerhin frohe Gefühl kennen, nicht bloß regiert zu werden, sondern mitzuregieren.

Aber eher verwandelt sich ein Löwe in eine Nachtigall, als so ein Mann in einen Menschenfreund. Nein, diese Herren sehnen sich zurück nach den Zeiten, die für sie herrliche waren; wo es ihnen erlaubt war, auf den Untergebenen herumzutrampeeln, wo diese ihnen bedingungslos unterworfen waren, sie nach Belieben anschnauzen und ihnen Bemerkungen in die Personalakten eintragen konnten, die oft Verteilungen waren, aber den Betroffenen schädigend bis an sein Grab überall hin begleiteten.

Solche Herrschaften stehen stramm, wenn „Hell dir im Siegertranz“ erklingt, und raunen dem, der ehrlich republikanisch denkt, Drohungen ins Ohr, wie: Nehmen Sie sich in acht! Es weht ein scharfer Wind von rechts!

Die Beamten lachen dieses Windes non rechts, der übrigens schon heidreht; wir fürchten nicht einmal einen „Sturm“ von jener Seite. Sie mögen aber denen nicht freiwillig Gefolgschaft leisten, die Klassenstaat, Militarismus und Volksverdummung wieder zu Ehren bringen wollen.

Nein, die Beamten danken entschlossen, Herr Vizepräsident, für den Rat. Der moderne Beamte weiß, was er zu tun und zu lassen hat. Er weiß längst, daß er nicht bloß Pflichten, sondern auch Rechte hat; er ist davon durchdrungen, daß der „von oben“ herab gewährte gnädige Blick oder das gnädige Wort Dinge darstellen, die stark im Kurze gefunken sind. Wer seine Pflicht tut, bedarf der Gnade nicht.

Der Beamte ist Bürger unter Bürgern geworden und lacht darüber, wenn man ihm die hohnsprechende Zumutung stellt, in erster Linie Beamter und erst in zweiter Mensch oder Staatsbürger zu sein. Er weiß genau, daß der Zweck des Beamtenlebens nicht ist, ihn dem Vorgesetzten auf Gnade und Ungnade zu unterwerfen oder ihn politisch zu fesseln. Der Eid verlangt lediglich eine treue, gewissenhafte Ausübung der Berufspflicht. Haben die Beamten dieser Bemühung getan, dann können und dürfen sie sich nach Herzenslust anderweitig betätigen.

Eine Erhöhung der Beiträge und Leistungen in der Reichsversicherung für Angestellte.

Um die Leistungen der R. f. V. mit der Selbstwertung in Einklang zu bringen, ist eine neue Staffelung der Beiträge und Leistungen geplant, über die folgende Tabelle Aufschluß gibt:

Gehaltsklasse	Beitragshälfte
— 1 500	7,80
1 500—3 000	12,30
3 000—4 000	15,30
4 000—5 000	18,60
5 000—6 000	21,60
6 000—8 000	27,60
8 000—10 000	34,20
10 000—15 000	40,20
15 000—28 000	49,20

Der Allgemeine freie Angestelltenbund schreibt uns dazu: Die Sozialversicherungskommission des Vfa-Bundes hat unter Hinzuziehung parlamentarischer Vertreter in ihrer Tagung am Sonntag, den 26. Juni, eingehend zur Novelle zum Angestelltenversicherungsgesetz Stellung genommen. Sie ist einstimmig zu der Ueberzeugung gekommen, daß dieser Gelegenheitswurf jeglicher gewissenhafter Unterlagen entbehrt und in unerhörter Weise den Angestellten Lasten aufbürdet, die in keinem Verhältnis zu den Leistungen stehen.

Am Novemberfest 1920 der Angestelltenversicherung hat das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte bekanntgegeben, die versicherungstechnische Bilanz der R. f. V. habe einen Ueberschuß von 1,8 Milliarden Mark ergeben. Die Bilanz ist trotz wiederholten Versprechens bis heute nicht veröffentlicht worden. Die Zeitschrift des Deutschen Handwerks „Die Handwerkszeitung“ vom 3. November 1920 unter Hinweis auf den versicherungstechnischen Ueberschuß von der Möglichkeit einer starken Erhöhung der Renten ohne größere Beitragserhöhungen. Die Zeitschrift des Gewerkschaftsbundes der Angestellten ließ sich unter dem 16. Februar 1921 ähnlich vernehmen. Trotzdem wird heute den Angestellten eine Verzehnfachung der Beiträge in den untersten Klassen und eine Verfaches- und Verdreifachung der Beiträge in den oberen Klassen zugemutet. Diese ungeheure Beitragserhöhung begründet das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte am 13. Juni 1921 u. a. wie folgt:

„Richtig ist vielmehr, daß die R. f. V. künftighin, um der Invalidenversicherung nicht nachzustehen, angemessene Leistungen gewähren will, die der Entwertung des Geldes wenigstens einigermaßen angepaßt sind.“ Dazu ist nun zu sagen, daß die Angestelltenversicherung noch nicht einmal in ihre eigentlichen Rentenleistungen eingetreten ist und nach der Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1920 noch

nicht 1/4 Millionen Mark an Renten gemährt hat, bei einer Beitragseinnahme von 419 Millionen Mark im Jahr. Dagegen zahlt die Invalidenversicherung an Renten und Beihilfen 1500 Millionen Mark. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die gegenwärtigen Beiträge in der Angestelltenversicherung bereits jetzt schon in der höchsten Klasse dreimal höher sind als die der Invalidenversicherung, während sie nach der Vorlage in Zukunft achtmal höher sein würden.

Wie reimt sich das alles zusammen mit dem so pompös angekündigten versicherungstechnischen Bilanzüberschuß von 1,8 Milliarden, der nach Ansicht des Gewerkschaftsbundes der Angestellten und des Deutschen Handwerksverbandes die Möglichkeit zur Rentenerhöhung gibt? Warum hat das Reichsarbeitsministerium dem Reichstage darüber keine Unterlagen zugehen lassen? Es fehlt überhaupt jede einwandfreie rechnerische Unterlage.

Es geht daher auf keinen Fall an, den beteiligten Versicherungsträgern von oben herab eine bisher noch gar nicht begründete schwere Belastung aufzubürden, ohne ihnen irgendwie Zeit zur Stellungnahme zu geben.

Aufhebung der Ortsklasseneinteilung. Vom Ausschuh für Gemeindeangelegenheiten ist folgende Vorlage eingebracht worden: Der Volkstag wolle beschließen, den Senat zu ersuchen, dem Volkstage die Vorlage eines Gesetzes zu unterbreiten, durch welches die Verordnung des Staatsrates vom 28. September v. Js. die Ortsklasseneinteilung betreffend, aufgehoben und das ganze Gebiet der Freien Stadt Danzig mit rückwirkender Kraft vom 1. April 1921 in nur eine Ortsklasse mit den Tariffähigen der bisherigen Ortsklasse A vereinigt wird.

Schon die Felder! Obwohl häufig darauf hingewiesen wird, daß es eine große Unsitte ist, beim Pflücken von Kornblumen, Mohr, Kornraden und Ackerwinden den Fuß ins Getreide zu setzen, kann doch mit jedem Jahre aufs neue beobachtet werden, daß manches Kornfeld durch Kinder arg beschädigt wird. Nun ist es allerdings auch oft das Bild, das die Getreidefelder mit häßlichen Lücken verfehlt, und besonders sind es die Rehe, die sich gern zwischen den Wehren aufhalten. Sehr viele Verwüstungen rühren aber doch von mutwilligen Kindern her, denen noch nicht beigebracht worden ist, daß es dem Landwirt viel Mühe macht, ein Feld zu bauen, und daß es einem Vergehen gegen fremdes Eigentumsrecht gleichkommt, wenn man zehn Halme oder noch mehr niedertritt, um zu einer Blume — die vielleicht dann mit den anderen Blumen noch weggeworfen wird — zu gelangen. Das ist Frevel! Mühen gleich die Blumen im Getreidefeld als schädliches Unkraut betrachtet werden, so ist doch der Schaden, der mit dem Entfernen dieses Unkrauts leichtsinnig verübt wird, oft noch viel größer. Es muß jedem Kinde genügen, die Blume zu pflücken, die bis zur Armeslänge zwischen den Halmen steht. Ganz unverantwortlich ist es aber, wenn selbst Erwachsene „das Brot mit Füßen treten“, was leider noch vorkommt. Bedauerlicherweise ist der Landwirt derartigen Schädigungen meist wehrlos preisgegeben, da er gerade zur Zeit der Kornblumenblüte mit Arbeit überladen ist und weil Blumenpflücker erst dann wirklich überladen ist, wenn im weiten Gesichtskreis kein Mensch zu erblicken ist. Schone fremdes Eigentum, auch das des Landmannes! Dieser Sach sollte den Kindern schon frühzeitig eingepreßt werden.

Kunst und Wissen.

Die Sowjetregierung und das Moskauer Künstlertheater.

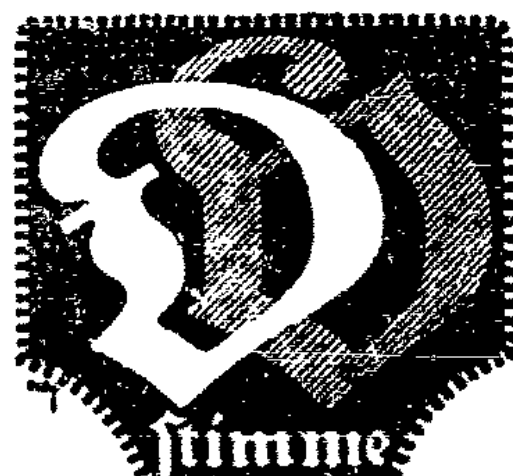
D. C. Das Präsidium des Allrussischen Zentralerekutivkomitees hat genehmigt, daß das Mitglied des Moskauer Künstlertheaters Bodgorny nach dem Auslande entsandt werde, um die gegenwärtig im Auslande weilenden Mitglieder des Künstlertheaters zur Rückkehr nach Moskau zu bewegen. Gleichzeitig ist dem Volkskommissariat für Gesundheitswesen der Auftrag erteilt worden, sämtliche Mitglieder der „Kammerspiele“ des Moskauer Künstlertheaters zur Erholung in einem kaukasischen Kurorte unterzubringen. Die Gage für die 3 Sommermonate soll den Künstlern in Gesamtbeträge von 60 Millionen Rubel pränumerando ausbezahlt werden.

Ausführung sämtlicher
Druck - Aufträge

für den Geschäfts-
und Familienbedarf

Massenaufgaben

in kürzester Frist



Organ der werktätigen Bevölkerung
Danziger Volksstimme
Gef. Nr. 10. Am Spandhaus 6. Tel. 3790.

Reichste Auswahl in
**Gewerkschafts- und
Parteiliteratur**

Jugendschriften
Unterhaltungsliteratur

Nicht Vorhandenes wird um-
gehend besorgt durch unsere

Buchhandlungen

Am Spandhaus Nr. 6 - Paradiesgasse Nr. 32

Das Wohnungsbaugesetz.

Die gestrige Sitzung des Volkstages beschäftigte sich in der 2. Lesung mit dem Wohnungsbaugesetz. Die Wohnungsbau ist in Danzig und seinen Vororten fürchterlich. Dessenfalls Mittel müssen bereitgestellt werden, diese Not zu heben. Die Verzinsung dieser Mittel sollen durch eine allgemeine Mietssteuer aufgebracht werden. In § 1 wird gesagt:

Die Abgabe ist ausschließlich zur Förderung des Wohnungsbau und zur Erleichterung der Verwertung. Der Senat kann die Verwendung ganz oder teilweise Gemeinden oder Gemeindeverbänden übertragen.

Die Verwendung darf nur für Wohnungs- und Siedlungsbau erfolgen, die

1. nach staatlich genehmigten Plänen ausgeführt werden und bei denen die Kosten der Bauausführung einschließlich der Baustoffe staatlich festgesetzt oder genehmigt sind.
2. dauernd im Eigentum öffentlicher oder gemeinnütziger Stellen verbleiben oder bei denen durch geeignete Maßnahmen dafür gesorgt ist, daß aus der Vermietung, der Verpachtung oder der Veräußerung kein übermäßiger Gewinn erzielt wird.

Die Steuer soll also reiflos zum Wohnungsbau verwandt werden.

Aufgebau soll die Steuer von den Nutznießern der Gebäude werden, in der Hauptsache also von den Mietern. Berechnet wird nach dem Stand der Miets am 1. Juli 1914. Der § 4 sagt darüber:

Der Abgabe wird der gemeine Jahresmietwert der Gebäude oder Gebäudeteile nach dem Stande vom 1. Juli 1914 zugrunde gelegt.

Bei Dienstwohnungen öffentlicher Beamten und Angestellter öffentlicher Behörden ist als Jahresmietwert der Teil der Besoldung oder der Vergütung des Dienstwohnungsinhabers anzusehen, der nach Feststellung der zuständigen Dienstaufsichtsbehörden nach dem am 1. Juli 1914 gültigen Vorschriften, für die derzeitige Lieberlassung der Wohnung angemessen gewesen sein würde.

Bei Gebäuden und Gebäudeteilen, die erst nach dem 1. Juli 1914 in Gebrauch genommen sind, gilt als gemeiner Jahresmietwert der durch Schätzung zu ermittelnde Betrag der Jahresmiete, die für gleichartige Gebäude (Gebäudeteile) am 1. Juli 1914 angemessen gewesen wäre. Diese Vorschrift findet entsprechende Anwendung, wenn Gebäude oder Gebäudeteile nach dem 1. Juli 1914 wesentlich umgestaltet worden sind oder wenn die Art der Benutzung wesentlich geändert ist.

Der Senat erläßt nähere Bestimmungen über die Ermittlung des gemeinen Jahresmietwertes.

Die Eigentümer von Gebäuden oder Gebäudeteilen sind verpflichtet, die für die Ermittlung des gemeinen Jahresmietwertes erforderlichen Angaben nach näherer Anordnung des Senats zu machen.

Die Höhe der Steuer beträgt 20 Prozent. Wenn jemand 1914 20 Mark Miete zahlte, bezahlt er 4 Mark monatlich Steuer, von 30 Mark 6 Mark usw. Von der seit dieser Zeit erfolgten Steigerung über 100 Proz. hat der Hauswirt die Steuern zu bezahlen. Der § 5 besagt:

Die Abgabe beträgt jährlich 20 v. H. des gemeinen Jahresmietwertes nach dem Stande vom 1. Juli 1914. Sie ist vierteljährlich im voraus zu entrichten.

Ist der Jahresmiet- oder -pachtvertrag für Gebäude oder Gebäudeteile um mehr als 100 v. H. über den gemeinen Jahresmietwert vom 1. Juli 1914 geschlossen, so wird für diese Räume neben der Mietverabgabe von dem Vermieter oder Untervermieter, Verpächter oder Unterverpächter eine besondere Abgabe erhoben. Diese Sonderabgabe beträgt, wenn der Jahresmiet- oder -pachtvertrag zur Zeit der Veranlagung über den gemeinen Jahresmietwert vom 1. Juli 1914 um mehr als 100 bis 300 v. H. gestiegen ist, 10 v. H., wenn er um mehr als 300 bis 600 v. H. gestiegen ist, 15 v. H., wenn er um mehr als 600 bis 1000 v. H. gestiegen ist, 20 v. H., wenn er um mehr als 1000 v. H. gestiegen ist, 25 v. H. des Jahresmiet- oder -pachtvertrages zur Zeit der Veranlagung.

Nicht erhoben wird die Steuer von Inhabern überfüllter Wohnungen. Der § 5 a besagt:

Die Abgabe wird nicht erhoben von Inhabern von Einzimmerwohnungen, wenn sie von mindestens drei Personen, von Zweizimmerwohnungen, wenn sie von mindestens sechs Personen bewohnt sind. Für die Berechnung der Kopfzahl (Belegziffer) kommen außer dem Haushaltungsvorstand nur diejenigen Personen in Ansatz, für die nach Art. 8 des Einkommensteuergesetzes Steuerabgabe zulässig sind. Ein Wechsel in der Belegziffer innerhalb des laufenden Steuerjahres bleibt unberücksichtigt.

Nutzungsberechtigte natürliche Personen mit einem Einkommen von nicht mehr als 3000 M. können auf Antrag von der Zahlung der Abgabe befreit werden, sofern sie nicht mehr als zwei Wohnräume innehaben.

§ 11.

Die Steuer beträgt nach der Zahl der Wohnräume, welche über die gemäß dem § 7 zugelassene Zahl hinaus vorhanden sind:

für 1 überschüssigen Wohnraum	300 Mark jährlich
2 überschüssige Wohnräume	600
3	900
4	1200
5	1500
6	1800

und für jeden weiteren überschüssigen Wohnraum weitere 3000 Mark jährlich. Die Steuer ist vierteljährlich im voraus zu entrichten.

Die in diesem Gesetz bezeichneten Abgaben werden durch die Gemeinden veranlagt und erhoben.

§ 12.

Die in diesem Gesetz bezeichneten Abgaben werden durch die Gemeinden veranlagt und erhoben.

§ 14.

Die Gemeinden sind berechtigt, die Randgemeinden und Gutsbezirke jedoch nur mit Zustimmung der Dienstaufsichtsbehörde, die in diesem Gesetz bezeichneten Abgaben nach Maßgabe der Vorschriften dieses Gesetzes und der dazu zu erlassenden Ausführungsbestimmungen als Gemeindeabgaben zu erheben. Die Erhebung nur einer der bezeichneten Abgaben ist unzulässig. Die Gemeinden, welche die Abgaben als Gemeindeabgaben erheben, sind verpflichtet, sie zur Förderung des Wohnungsbau und zur Erleichterung der Verwertung nach Maßgabe der Vorschriften dieses Gesetzes und der dazu zu erlassenden Ausführungsbestimmungen zu verwenden. Die Bestimmung des § 30. Abs. 2 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1900 (Preuß. Gesetzsammlung S. 183) bezüglich der Kurwandssteuern bleibt gegenüber den bezeichneten Gemeindeabgaben außer Anwendung.

Außer dieser Steuer wird eine Wohnungsluxussteuer erhoben von solchen Wohnungen, die als Übergroß angesehen sind. Die §§ 6, 7, 11, 12 und 14 fügen darüber folgendes:

§ 6.

In den Gemeinden der Freistadt Danzig wird ferner zwecks Verwendung zur Förderung des Wohnungsbau eine Abgabe von den Inhabern solcher vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellten Wohnungen erhoben, die im Sinne des § 7 als Übergroß angesehen sind (Wohnungsluxussteuer). Für die Verwendung der Wohnungsluxussteuer gilt das in § 1 Bestimmung.

§ 7.

Wohnungen sind im Verhältnis zur Zahl der Bewohner als Übergroß anzusehen, wenn

für 1 Bewohner	mehr als 2 Wohnräume
2	3
3	4
4	5
5 und mehr	6

vorhanden sind.

Die Wohnungsinhaber sind verpflichtet, die erforderlichen Angaben nach näherer Anordnung des Senats zu machen.

So notwendig wie dieses Gesetz ist, um die Bauwürdigkeit zu beleben, so falsch ist es, nun glauben zu wollen, daß damit die Bauwürdigkeit auf Jahre hinaus gesichert ist. Die durch dieses Gesetz bereitgestellten Mittel reichen nur für ein Baujahr im bescheidenen Umfang. Soll im nächsten Jahre weitergebaut werden, müssen weitere Mittel bereitgestellt werden und weitere Steigerungen der Mieten zur Verzinsung dieser Mittel erfolgen.

Dazu kommt, daß die alten Wohnungen nicht verfallen dürfen. Die für Neubauten, müssen auch für umfangreiche Reparaturen Mittel bereitgestellt werden, deren Verzinsung durch die Mieter erfolgen muß.

So zeigt dieser Gesetzesentwurf nur einen Teil dessen, was kommen muß.

Warum bringt man kein vollständiges Gesetz? Wen will man dadurch täuschen?

Der Arbeiterschaft streut man keinen Sand in die Augen, sie erkennt die zwingende Notwendigkeit an und kennt auch die Höhe der Mittel, die von ihr gefordert werden. Aber wie es im Staatshaushalt keine Ausgabe ohne Bereitstellung der Mittel gibt, so gibt es im Arbeiterhaushalt keine Bewilligung von Steuern, wenn die Einnahmen nicht sichergestellt sind. Reichen beim Staate die Mittel nicht aus, kann er sich durch Anleihen helfen, im Arbeiterhaushalt ist das ausgeschlossen, hier können weitere Ausgaben nur von den Lebensmitteln abgezogen werden. Hier ist aber die äußerste Grenze erreicht und die ganze Kraft der Gewerkschaften wird aufgewandt, um einen Abbau zu verhindern. Die im Wirtschaftsausschuß angekündigte Verteuerung des Brotes macht eine Steigerung der Löhne notwendig. Soll der Arbeiterhaushalt durch weitere Steuern belastet werden, müssen durch Lohnerhöhungen die Mittel bereitgestellt werden. Solange das nicht geschieht, muß die Sozialdemokratie die Vorlage ablehnen, trotzdem die Notwendigkeit anerkannt werden muß.

was möglich ist, um die Kurzarbeit baldigt wieder in Vollarbeit umzuwandeln.

5. Die Befehdung des Baugewerbes durch Bereitstellung öffentlicher Mittel zu dem Wohnungsbau ist mit größerer Eile als bisher zu betreiben. Als Ziel aller Maßnahmen auf diesem Gebiet hat in erster Linie die Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu gelten.
 - 6 a. Für diejenigen Arbeitslosen, denen auch durch die Erfüllung vorstehender Richtlinien keine Arbeit verschafft werden kann, ist eine Erhöhung der laufenden Erwerbslosenunterstützung um 50% zu gewähren, damit diese Arbeitslosen mit ihren Familien vor dem Verhungern geschützt werden.
 - 6 b. Dessenfalls ist mit größter Beschleunigung vom Senat dem Volkstage eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, wonach die einschränkenden Bestimmungen der Verordnung des Staatsrates betr. die Einschränkung der Erwerbslosenfürsorge, insbesondere die Bestimmung, die Erwerbslosenunterstützung nicht über 26 Wochen zu zahlen, außer Kraft gesetzt werden.
 - 6 c. Die Mittel zur Durchführung der vorstehenden Absätze a und b werden aus den einzuführenden Steuern auf den Besitz und Kriegsgewinn entnommen.
- Dieser Antrag erfüllt zum Teil die bekannten 10 Forderungen des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes, hoffen wir, daß er recht bald in die Tat umgesetzt wird.

Städtisches Arbeitsamt. Am 30. Juni 1921 waren beim städtischen Arbeitsamt an offenen Stellen 1 männliche und 67 weibliche, an Arbeitsuchenden 4545 männliche und 477 weibliche gemeldet.

Der Brotpreis wiederum erhöht.

Die Verteuerung des Brotes wiederum in Danzig. Die Verteuerung des Brotes für Danzig ist in Danzig, welche sich zunächst den Mehlmarktpreisen nähern, die mangelhafte Verteuerung des Getreides im Freistaat, die teilweise Verteuerung des Getreides über die Freistaatsgrenze, alles trägt dazu bei, das Brot unter unerschwinglichen Preisen zu verteuern.

2.00 Mark für ein 1/2 Liter Brot

Sollen wir jetzt bezahlen. Können wir nicht zahlen. Bei jeder Lohnforderung wird von den Arbeitgebern mit Lohnabbau gedroht. Täglich werden die notwendigsten Nahrungsmittel teurer. Dazu die 20 prozentige Verteuerung unserer Mieten. So soll das hinaus. Alle Anträge, die unsere Partei zur Beseitigung der Not der Danziger Arbeiter gestellt hat, werden kolossal von den Rändern im Volkstage niedergebungen. Sieht die große Not der Danziger ein, wer der Verteuerung keinen vitalen Interessen ist? Wenn schon der ganze Lohn der in Arbeit Stehenden nicht ausreicht, um eine Familie satt zu machen, was soll erst die arme Witwe, die keinen Krankenpfleger und nicht zuletzt die Erwerbslosen machen. Die Witwen ja im Streikgraben umkommen, wenn nur die Erwerbslosen und die Kapitalisten genug haben. Ihnen stellen sich die Erwerbslosen und Schüler zu. Alle diese Leute haben kein Herz für unsere notleidende Bevölkerung und nennen dieselben den gerissenen und geklumpten an die Erde hängenden Arbeitlosen Lumpen und arbeitssüchtigen Geistes. Profitorier, Hand- und Kapparbeiter, brüht auch auf eine gewisse Pflicht, auf die Pflicht der Selbstverteidigung für ein und zwei Familien und treibt mit uns ein für Geldberechtigung. "Habt und Sand. Schwer rächt sich der Fehler derjenigen, die dann seinen Lohn Stütze gegeben haben.

Vertreter des Reichstages kommen nach Danzig. Wie wir erfahren werden die ausständigen Mitglieder des Interparlamentarischen Ausschusses für die Verteilung des ehemaligen deutschen Reichs- und preussischen Staatseigentums, die Herren Carr und Berman erst am 9. Juli in Danzig eintreffen.

Senatspräsident Schenck bricht seinen Urlaub ab. Senatspräsident Schenck wird seinen im Anschlag an die Senats Verhandlungen angeordneten Urlaub abbrechen, um an den Verhandlungen des Interparlamentarischen Ausschusses für die Verteilung des ehemaligen deutschen Reichs- und preussischen Staatseigentums teilzunehmen, und am 11. d. Mts. früh in Danzig eintreffen.

Der Volkstag tritt heute zur 60. Sitzung mit folgender Tagesordnung zusammen: Fortsetzung der 2. Beratung eines Gesetzes über Abgaben zum Wohnungsbau, Antrag des Ausschusses für soziale Angelegenheiten betr. Beseitigung der Erwerbslosigkeit, große Anfrage des Senats über Entlassungen in der Gewerkschaft, Antrag des Senats Freigang über die Verteilung des Staatseigentums, Angelegenheiten und Arbeiter in der Gewerkschaft, zweite und dritte Beratung eines Gesetzes über Aufhebung der Steuerfreiheit der Kriegsteilnehmer.

Beamtete Personen. Am 2. d. Mts. 6.45 Uhr morgens, verließ die grübelnde Postbeamtenwitwe Emilie Ruchowitsch geb. Schneyr ihre Wohnung Luisental 6 (wo sie bei ihrer Schwägerin wohnt), und ist seit dieser Zeit nicht zurückgekehrt. Sie hatte mehrfach geäußert, nach Marggrabowa, Ostpr., fahren zu wollen, um dort ihre Pension in Empfang zu nehmen. Beschreibung: Alter 78 Jahre, Größe 1.65 Meter, untersehr, graumeliertes Haar, blaue Augen. Sie ist bekleidet mit schwarzer Bluse, schwarzem Rock, schwarzem Mantel, schwarzem Strohhut mit schwarzer Feder, schwarzer oder gelber Schürschube, trug schwarzen Compagnon und schwarze Handschuhe. -- Der Schuhmacher Theodor Benemann erhielt am 24. Juni 1921 vom Arbeitshaus, woselbst er vor ungefähr 3 Jahren wegen Geisteschwäche eingeliefert wurde, Urlaub, um seine Frau Anna Benemann geb. Henning, Erbe Wasse 9, zu besuchen. Er ist aber nicht bei seiner Frau erschienen, noch ist er ins Arbeitshaus zurückgekehrt. Es wird vermutet, daß er sich betäubt und vertriebt. Beschreibung: 70 Jahre alt, 1.65 Meter groß, graumeliertes Haar, langen Schnurrbart, blaue Augen, unklaren Blick, trug neuen blauen Sammgarnanzug und Handschuhe zum Knöpfen. -- Verschwunden ist seit dem 22. Juni 1921, 8.30 Uhr nachmittags, der 13 Jahre alte Schüler Horst Schulz, wohnhaft Wallstraße Nr. 5. Er gab an, zum Turnen Gertrudengasse zu gehen und ist seit dieser Zeit nicht in die elterliche Wohnung zurückgekehrt. Beschreibung: Blondes Haar, blaue Augen, schlaufröhlich, trug blaumeliertes Hemd, ebenfalls Bluse, Matrosenmütze, Marinehemde, schwarze Strümpfe und schwarze Zeug-Schnurschuhe. Zweifelhafte Mitteilungen enthält in allen Fällen Polizeibericht, Mitteilung 1 c.

Gestohlene Schmuckstücke. Als gestohlen angehalten ist eine neue lange aus gleichmäßigen Oliven bestehende Perlenkette und ein Paar Ohrringe. Die Eigentümer wollen sich auf dem Polizeiarrestorium, Kriminalabteilung, Zimmer 86 melden.

Finanz ins Feils. Die Finanzkommission war gestern nachmittags eine große Anzahl Arbeiter gefolgt. Meck und Groß hatte sich eingefunden, um Finanz zu betonen und den Hauptgrün Straßen der Stadt. Über Banggärten und Vertikalbänke ging er nach Neubude. Bei Schornstein wurde Raß gemacht, Ruffen und Lachen dienten zur Bewirkung. Bei wie das schandig, die kleinen Häuser hatten bald aufgeräumt, denn die Bewegung in frischer Luft macht Appetit. Weiter ging nach Neubude. Am Strand lagte ein bester Wind, der so schauer war im Blau. Es frohem Spiel und Tanz verging schnell die Zeit. Mit Gesang und Klang wurde der Rückweg angetreten und mit einem Auf Wiedersehen am nächsten Mittwoch zur Lohr nach Jöhlefeld schied die frohe Schaar.

Verjammlungs-Anzeiger

- Sozialdemokratischer Bezirks-Danzig-Stadt
- Am Freitag, den 8. Juli, nachmittags 5 Uhr, im Parteibureau, 4. Danzig, 7. Etage. Vorstandssitzung. Arbeitslosen- und Verjammlungsmitglieder ist notwendig.
4. Bezirk (Schlicht). Am Sonntag, den 10. Juli, veranstaltet der Bezirk einen Ausflug mit Frauen und Kindern nach Goldberg. Dort werden Beschäftigten für Kinder und für Erwachsene stattfinden. Allen Parteigenossen, die einmal mit Frau und Kind hinausgehen möchten, ist die Teilnahme an dem Ausflug zu empfehlen. Der Abmarsch erfolgt morgen! 8 Uhr pünktlich von "Krummen Elbogen" aus.
- Bezirk Arbeiterjugend Danzig
- Am Freitag, den 8. Juli 1921, abends 7 Uhr, findet im Lokal Schönwiese ein Unterhaltungsabend statt. Jugendarbeitslose sind herzlich eingeladen. Musik und Burlesken erscheint alle Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen!
- Freie Frauenvereine Danzig
- Am Freitag, den 8. Juli, abends 6 Uhr, findet im Bureau der Zimmerer, Papstplatz 1/2, 1. Etage, Zimmer 44, eine Sitzung des Vorstandes und des Ausschusses statt.

Danziger Nachrichten.

Der Volkstag zur Erwerbslosenfürsorge.

Der Ausschuss für soziale Angelegenheiten beantragt: Der Volkstag wolle beschließen, den Senat zu ersuchen, die Befehdung der Erwerbslosigkeit und die Fürsorge für die Erwerbslosen nach folgenden Grundsätzen vorzunehmen:

1. Sofortige Inangriffnahme öffentliche Arbeiten im weitesten Umfang. Die Mittel dazu sind schleunigt bereitzustellen.
2. Bei allen Arbeitsaufträgen der öffentlichen Verwaltung des Freistaates und der Gemeinden, die durch den Senat als Notstandsarbeiten erklärt und für die öffentliche Mittel in Anspruch genommen werden, ist der Unternehmergewinn auf ein den Verhältnissen angemessenes Höchstmaß zu begrenzen. Den Arbeitern sind die Tariflöhne sicherzustellen.
3. Wo es auf keinem anderen Wege möglich ist, den Arbeitslosen Beschäftigung zu verschaffen, ist zu verlangen, daß allgemein die Arbeitszeit der noch Vollbeschäftigten verkürzt und nach Möglichkeit Schichtwechsel eingeführt wird. Die seither Vollbeschäftigten werden zu diesem Opfer an die gänzlich Arbeitslosen bereit sein, wenn die in Ziffer 4 folgende Forderung erfüllt wird.
4. Allen Kurzarbeitern ist der bei der verkürzten Arbeitszeit entfallende Lohnausfall zu 2/3 von den Arbeitgebern zu ersetzen. Der Freistaat übernimmt die Hälfte der den Arbeitgebern erwachsenen Kosten auf die Mittel der Erwerbslosenfürsorge. Es muß aber alles getan werden,

Sommerfest der Partei. Am Sonntag, den 31. Juli, veranstaltet der Sozialdemokratische Verein Danzig-Stadt sein diesjähriges Sommerfest bei Steppuhn, Schönblick, Karthäuser Straße. Neben Konzert und Tanz sind Kinderbelustigungen und Unterhaltungen für Erwachsene vorgesehen.

25 jähriges Geschäfts-Jubiläum. Das bekannte Etablissement „Zur Ostbahn“ in Ohra, das seit 75 Jahren besteht, ist 50 Jahre lang im Besitz der Familie Mathesius. Der jetzige Inhaber gleichen Namens feiert heute sein 25 jähriges Geschäfts-Jubiläum. Herr Mathesius hat stets in selbstloser Weise unserer Partei und den Gewerkschaften sein Lokal zur Verfügung gestellt und weiß ihm die Arbeiterschaft deshalb Dank zu zollen. Wir wünschen fernerhin, daß der Jubilar sich wie bisher der Arbeiterschaft annimmt und diesen Tag zu seinen schönsten zählt.

Einem seltenen Orientierungssinn hat ein deutscher Schäferhund des Drogeriebesizers Dehmann-Kristburg an den Tag gelegt. Er hatte diesen Hund an Verwandte in der Umgegend von Danzig verschenkt und ihn bis Marienburg im Hundebrett und von da bis Danzig mit dem Dampfer befördert. Nach drei Tagen verschwand der Hund spurlos, um nach acht Tagen in vollständig abgegrautem Zustande sich nachts bei seinem Herrn zu melden.

Pollzeibericht vom 7. Juli 1921. Verhaftet: 11 Personen, darunter: 6 wegen Diebstahls, 1 wegen Hehlerei, 1 wegen Sachbeschädigung, 2 in Polizeihast. — Obdachlos: 1 Person.

Zum Großfeuer in Braust. Zu der von uns gebrachten Notiz über den Brand in Braust teilen wir mit, daß das Feuer auf dem Holzlagerplatz des Baugewerksmeisters Schulz mit großer Macht um sich griff. Um 1 Uhr nachts wurde das Feuer nach hier gemeldet und fuhr die Autozweige bereits 1 Uhr 10 Minuten nach Braust ab, konnte aber, da zum wenig Wasser im Anfang vorhanden war, zunächst nicht einlefen. Die elektrisch betriebene Pumpe aus Braust konnte nicht in Bewegung gesetzt werden, da nachts der elektrische Strom von der Zentrale Straßschin-Prangschin ausgeschaltet wird. Als dann die Schleusen geöffnet wurden, konnten die Arbeiter in vollen Umfang einlefen. Bei Ankunft der Danziger Feuerwehr brannten sämtliche Werkstattgebäude: mit Hinterhaus und Lagerhallen. Das Feuer fand in dem großen Holzlager mit seinen aufgeschichteten Vorräten reichlich Nahrung.

Zugleich wurden das Kesselhaus und vier weitere Wohnhäuser ein Raub der Flammen. Durch die kolossale Ölzentrotzelung hatte die Feuerwehr schwere Arbeit, konnte jedoch nach 3 1/2 stündiger Anstrengung des Feuers Herr werden. Außer reichlichem Schaden, man spricht von 2 1/2 Millionen Mark für die Baufirma Schulz allein, sind leider 16 Familien, meistens dem Arbeiterstande angehörig, schwer betroffen worden. Dadurch daß die Gebäude bis auf die Umfassungsmauern abbrannten haben die Arbeiterfamilien ihr ganzes Hab und Gut verloren. Um 5 Uhr morgens konnte die Danziger Feuerwehr unter Führung des Ober-Branddirektors Winkensbach nach Danzig abbrechen. Anlässlich der großen Anfrage unserer Fraktion über Wiederaufnahme der Arbeiten am Turbinenbau an der Preußler Mühle am 18. Juni 1921 im Volkstage haben unsere Vertreter mit bewegten Worten auf die Gefahr einer ausbrechenden Feuerbrunst hingewiesen. Leider vergeblich, denn der Senat konnte sich nicht entschließen zur Beendigung des Bauarbeiterstreiks seine Hand zu bieten. Jetzt hat die Arbeiterschaft von Braust den Schaden davon. Klar und deutlich sieht man hier wiederum das reaktionäre Verhalten des Senats. Wenn es aber gilt für Kapitalisten und Großgrundbesitzer etwas herauszuschlagen, da sind diese Herren und ihr Anhang von der altpreußisch-reaktionären Sippschaft immer bereit. Die Arbeiterschaft steht immer mehr wohin der Kurs fährt und wird bei kommenden Neuwahlen nur diejenigen wählen, die wirksam ihre Interessen vertreten.

Aus dem deutschen Osten.

Frenst. Zum gestrigen Vieh- und Pferdemarkt war ein mäßiger, aber bereits vorwärts schreitender Auftrieb. Für bessere Pferde wurden 10-15 000 Mark bezahlt, für schlechtere 4-8000 Mark. Beim Rindvieh war der Handel schleppend, weil zu hohe Preise gefordert wurden. Für schlechtes Vieh wurden 300 Mark und für besseres 400 bis 500 Mark pro Zentner bezahlt.

Auf der Strecke Frenst-Marienwerder wurde zwischen Arden und Liebenhal der 14 jährige schwachsinnige Knabe B. Ruda aus Schäferel vom Zug überfahren.

Rosenberg. Das Landgericht in Elbing hat auf die Klage des Kreisauusschusses in Rosenberg entschieden, daß der frühere Landratsamtsverwalter Regierungsrat v. Berfen, der im vergangenen Winter die hiesige Stelle nicht aufgeben wollte, an den Kreis 21 946,77 Mark nebst 4 Prozent Zinsen.

seit dem 14. März 21, die er teils für persönliche Zwecke verwandt, teils ohne Ermächtigung zurückbehalten haben soll, zurückerstatten muß. Außerdem hat der Verurteilte noch die Gerichtskosten zu tragen. Gegen die „Mitteilungen“ in Marienwerder, die feinerzeit diese Verfehlungen bekundig gegeben hatten, war von der Oberstaatsanwaltschaft in Elbing Anklage wegen Beleidigung eines Beamten erhoben worden.

Standesamt vom 7. Juli 1921.

Lebensfälle: S. d. Kriegsinvaliden Johann Bloß, 8 M. — Rentier August Dreher, 71 J. — S. d. Werthelers Bernhard Zimmermann, totgeb. — Invalide Franz Bekner, 79 J. 9 M. — Witwe Franziska Berg geb. Aufschloßli, 88 J. 1 M. — Arbeiterin Anna Diebre, 84 J. 10 M. — Bäckler Otto Kapahnte, 17 J. 6 M. — Kriegsinvalide Johannes Böhmke, 23 J. 8 M. — Unehelich: 1 S.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark: (Ausgl. 4,30)	4,70	am Vortage	4,30
Dollar:	75		73 1/2
Engl. Pfund:	—		—
Frang. Franks:	—		—
Schweiz. Franks:	—		—

BORG CIGARETTEN für Qualitäts-Raucher

Wasserstandsnotizen am 7. Juli 1921.

	gestern	heute	gestern	heute
Jawisch	+0,86	0,87	Dreikeil	-0,59 -0,4
Wostchau	-1,17	1,10	Dieschau	-0,70 -0,48
Wlocl	-0,74	0,87	Einlage	+2,40 +2,38
Thorn	-0,64	0,68	Schlewenhast	+2,60 +2,60
Forban	-0,84	0,42	Schnau D. P.	+6,88 -6,64
Culm	-0,52	—	Salzberg D. P.	+4,42 +4,38
Braudenz	-0,68	0,55	Neuhorsterbusch	+2,22 +2,22
Rugebrack	-1,14	1,00	Wolfsdorf	+ — +
Montauerzspitze	-0,62	0,45	Anwachs	+ — +

Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Bolge, für den Danziger Nachrichtendienst und die Unterhaltungsbeilage Friß Weber, beide in Danzig; für die Inserate Bruno Gwert in Oliva. Druck und Verlag von J. Gehl u. Co., Danzig.

Ämliche Bekanntmachungen.

Die Preise für die mietweise Bestellung von Lastkraftwagen zur Beförderung von Gütern aller Art sind ab 1. Juli wie folgt ermäßigt: Für jeden gefahrenen Kilometer (Last- und Leerfahrt) und jede angefangene Stunde Wartezeit

- eines 2-Tonnen Lastkraftwagens M. 8,—
- eines 3-Tonnen Lastkraftwagens M. 10,50
- eines 4-Tonnen Lastkraftwagens M. 12,—
- eines Anhängers (2 Tonnen) M. 4,—

Bei längerer Benutzung von Lastkraftwagen tritt weitere Preisermäßigung ein.

Nähere Auskunft erteilt das Städtische Kraftverkehrsamt, Danzig Artillerie-Kaserne Hohe Seigen Fernsprecher 359, 1753, 1754, 1770 und 3357. Der Senat. (4848)

Ich habe mich in Neufahrwasser, Olivaer Straße 29! als prakt. Arzt niedergelassen. Sprechst.: Werk 8-10, 2 1/2-4. Fernsp. 5184. (4639) Dr. med. Oppenheimer.

Schwangeren-Fürsorge

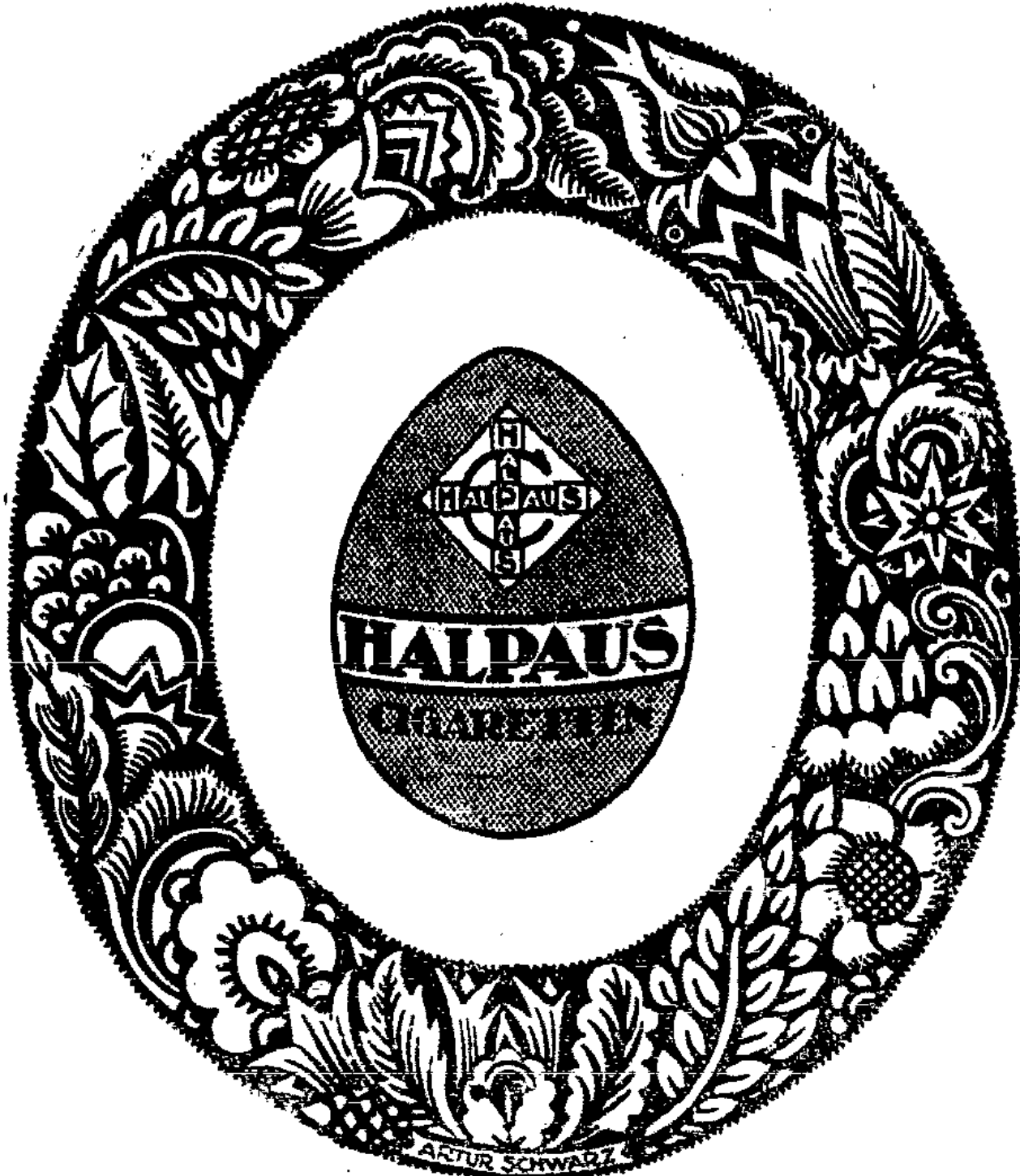
Kostenlose Beratung für schwangere Frauen und Mädchen Sandgrube 9/15.

Sprechzeit: Jeden Freitag von 5-7 Uhr nachm. in besonders dringenden Fällen: wochentags von 4-5 Uhr nachmittags bei dem Frauenarzt Dr. Kownacki, Langfuhr, Hauptstraße 48, 2 Tr. Jugendamt. (3441)

Wir empfehlen die vorzügliche **Ravenstein-Karte** vom **Freistaat Danzig**

Preis 7.20 Mk.

Buchhandlung Volkswacht Am Spennhaus 8 u. Paradiesgasse 32.



insbesondere

HALPAUS RARITÄT

die unübertroffenen Qualitäts-Cigaretten von nun ab überall wieder erhältlich

Voranzeige!

Sonntag, den 10. Juli 1921

im großen Garten des

Friedrich-Wilhelm-Schlösschens

Deutscher Tag

Alle Deutschen herzlich willkommen.

Masuren- und Ermländerbund im Freistaat Danzig.

Wir empfehlen folgende

Kleine Flugschriften der Monistischen Bibliothek:

- Das Wesen des Monismus 1.20
- Monismus und Religion 1.20
- Die freie Wahrheit 1.20
- Religionsunterricht oder Moralunterricht? 1.20
- Monismus und Klerikalismus 1.20
- Die Entwicklung der Erde 1.20
- Der Mensch und das Weltall 1.20
- Ueberblick über die Geschichte der Abstammung im Kampfe mit der Schöpfungsgeschichte 1.20
- Die Abstammungslehre 1.20
- Der Bau des Menschen als Zeugnis für seine Vergangenheit 1.20
- Der Ursprung des Lebens 1.20
- Die Entwicklung von Pflanze und Tier 1.20
- Lebensbeherrschung 1.20
- Dualistische und monistische Weltanschauung 1.20
- Wahlzuegung 2.40
- Anfänge des Glaubens und heidnische Grundlagen des Christentums 1.20
- Kann der Monismus eine Religion genannt werden? 2.40
- Wenn es keinen Gott gibt, was dann? 1.20

Buchhandlung Volkswacht Am Spennhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Aderverkalkung Herzbeschwerden Schwändelinfälle Verp. Six-Graßbrochüre über Sin. Rat Dr. Weiss's gift. Hauskurve Dr. Gebhard & Cie. Berlin W 35. Potsdamer Straße 104a.

Julius Goldstein

Junkergasse 2-4 Lowendelgasse 4 gegenüber der Markthalle

Billigste Bezugsquelle

für Kurz-, Weiß- und Wollwaren, Herren- und Damen-Wäsche, Strickwolle, Trikotagen und Schürzen Spezial-Abteilung: Damen- und Kinderputz



Volkfürsorge

Bewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft

— Sterbekasse. — kein Pollicenverfall. Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder. Wuchung in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der Versicherungskasse 16 Danzig Bruno Schmidt, Mattenbuden 35.